

# Kampfbanner

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Kampfbanner“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: fünf Mark monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Belegungsbüro. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Berdenfeldstr. 14, Tel.: 210 45 (Abd.); 210 47 (Berlag)

Will der Arbeiter seinen Zeitung  
**Der Rote Stern**

Verlagspreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte 1 Mt. im Textfeld. Samstags: Preisband des Sozialistischen Kampfbanners. Postfachnummer: 2471 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Berdenfeldstr. 14

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, 16. November 1931

11. Jahrgang Nr. 211

## Was geht im Mansfelder Land vor?

### Die erste Mansfelder Einheitskonferenz

(Eisleben, 16. Nov. (Eig. Drahtf.)

Was geht in Mansfeld vor? Neuer Lohnabbau wird einsehen, neue Entlassungen finden bereits statt, 16 Mann sind auf der Streikliste entlassen worden. Neues großes Hungerland wird über Mansfeld kommen. Alle diese Fragen wurden in der am gestrigen Sonntag in Eisleben tagenden Einheits-Konferenz besprochen. Die Konferenz nahm einstimmig einen Kampfpapier an, den wir morgen zum Abdruck bringen. Die Konferenz beschloß Mobilisierung aller Betriebe gegen einen neuen Lohnabbau und gegen Entlassungen. Am 13. Dezember wird eine große, auf noch breiterer Grundlage stehende Volksdelegiertenkonferenz für das Mansfelder Land durchgeführt werden.

#### Der Verlauf der Konferenz

Fast alle Betriebe hatten ihre Delegierten entsandt. Das Hauptreferat hielt der Genosse Wilhelm Koenen. Die Kernthesen seiner Ausführungen waren, daß in Berlin durch die Kampfmobilisierung, durch die Kampfbereitschaft und die bereits in mehreren Betrieben einsetzenden Streiks der Lohnabbau bei den Metallarbeitern verhindert wurde. Die Mansfeld-Betriebe haben bei dem letzten Lohnabbau vor den Mansfeld-Gewerkschaften kapituliert.

Die Folge davon ist ein neuer Angriff der Mansfeld-Gewerkschaften. Ohne Kampf wird es weiter ins Elend gehen. Der Kampf muß auf der ganzen Linie mobilisiert werden.

Als erster in der Diskussion sprach ein freigelegter, freiwillig organisierter Arbeiter. Er entwarf den Stahlhelm und die Nationalsozialisten der verschiedenen Werke. Zum folgten eine Reihe anderer Delegierter. Jede Betriebsräte, Vertreter der Erwerbslosen und Vertreterinnen der Frauen sprachen. Alle forderten die Mobilisierung der Kampfmobilisierung. Ein Vertreter der roten Mansfeld-Betriebsräte sprach beson-

### „Selbstmord des Bürgertums“

Der Beiratsleiter der „Neuen Leipziger Zeitung“, Richard Lehmann, schreibt in einem Artikel zu den Wahlen in Hessen, der die schöne Lebensform trägt: „Selbstmord des Bürgertums“ am Schluß folgendes:

Geht aber dieser Prozess weiter, werden sich noch mehr Deutsche dem Kapitalismus in die Arme, denn rettet uns nichts mehr vom Bürgerkrieg, der wesentlich anders ausfallen wird, als sich die Kreise vorstellen, die heute über den Erfolg der Nationalsozialisten aus dem Häuschen geraten sind.

ders über die Stärkung der NSD in den Betrieben. Die Gesamtkonferenz war ein Aufruf zur Mobilisierung der Mansfelder Bevölkerung auf der ganzen Linie, ein Aufruf zur großen Volksdelegiertenkonferenz am 13. Dezember im Mansfelder Hungerland!

In diesen Tagen teilt in New York das Kupferpatell zusammen. Man will die Quote für die einzelnen Länder erneut festlegen, will die Einschränkung der Kupferproduktion um 20-25 Prozent beschließen. Durch diese Maßnahme tritt für die Mansfeld-Kumpels erneut eine ernste Gefahr auf, da der Lohnabbau zur Aufrechterhaltung der Betriebe noch rigoros durchgeführt werden wird.

Schon hat in Mansfeld eine Gesamt-Betriebsratsitzung stattgefunden. Genau wie beim letzten Lohnabbau, so wurden auch in dieser Gesamt-Betriebsratsitzung Verhandlungen angebahnt, die als Endergebnis einen neuen gewaltigen Lohnabbau bringen werden. Jetzt wird schon wieder festgestellt, daß die Mansfeld-WG nicht mehr weiter kann. Die Betriebsräte und Gewerkschaftsleiter werden nach einem Ausweg. Während die Kupfergesellschaften Belgiens, Englands und Amerikas zusammentreten und die Einschränkung der Kupferproduktion beschließen, damit die Produktion in allen Ländern gesichert wird, steht für Mansfeld die Frage neuer Subventionen.

Zimmer mehr Kupfer wird erzeugt. Jetzt kommt noch hinzu, daß in Kanada neue Kupfererzlager entdeckt wurden, die in der Ausbeutung noch über den bisherigen Kupferorkommen liegen. Als weiterer Konkurrent der Mansfeld-WG ist der englische Kupferbergbau festzustellen, der eine Ausbeute von 4 bis 6 Prozent hat.

Während der Sauer (Hessisch) als Vertreter der „Freien“ Gewerkschaften suchte nach einem Ausweg, um den Mansfeld-WG zu helfen. Durch neue Rotberordnungen soll die Regierung eine neue Hilfe bringen. 10 Prozent Aufschlag soll auf Kupfer kommen. Bei der Abnahme durch die Verbraucher sollen je gewungen werden, nur deutsches Kupfer zu verwenden. Auch die Frage der Subventionen müßte nochmals zur Sprache kommen. Unregelmäßig kämen die Zahlungen ein. Bei den Verhandlungen mit der Regierung hätten die Tarifkontrahenten die Regierung auf eine einmütige Kriegserklärung aufmerksam gemacht, besonders auf die Tatsache, daß die Mansfeld-WG der einzige deutsche Kupferbergbau sei. Die Regierung erkenne die Wichtigkeit des Mansfelder Kupferbergbaus aber nicht in vollem Umfange an.

Der Vertreter des Stahlhelm behauptete, der Staat und das Reich werden aus wehrpolitischen Gründen eingreifen und der Mansfeld-WG helfen. Eine Druckpflicht an Reich und Staat soll ausgearbeitet werden.

Diese alarmierenden Meldungen aus dem Mansfelder Hungerland müßten die größte Aufmerksamkeit der mitteleuropäischen Arbeiterschaft erfordern. Das, was wir immer voraus sagten, tritt in vollstem Umfange ein. Der Kapitalismus wird die breitesten Volkschichten in ein immer größeres Elend hineinziehen. Gerade Mansfeld ist das furchtbare Beispiel dafür. Aber mit dieser Feststellungen kann und wird sich die Arbeiterschaft nicht begnügen. Durch die Entlassung einer breiten Abwehrbewegung im Mansfelder Land unter allen Bevölkerungsgruppen muß es gelingen, bei dem neuen in Vorbereitung befindlichen Lohnraub endlich den Kampf auszulösen. Nur dadurch ist es möglich, die neue Hungerwelle einzudämmen!

## 100 Prozent Stimmenzuwachs der KPD beim Volksentscheid in Braunschweig

Gewaltiger Erfolg der roten antifaschistischen Einheitsfront — SPD- und Reichsbannerarbeiter in der Front des roten Volksentscheids

(Eig. Drahtf.) Braunschweig, 16. Nov.

Am gestrigen Sonntag fand in Braunschweig der rote Volksentscheid gegen die Nazi-Regierung statt. Nach dem vorläufigen Ergebnis wurden 41.169 Ja-Stimmen abgegeben. Beim Volksentscheid am 28. Juli waren 36.679 Stimmen abgegeben worden.

Das Ergebnis des roten Volksentscheids ist ein gewaltiger Erfolg der kommunistischen Partei Braunschweigs. 117 Prozent aller Stimmberechtigten stimmten mit Ja, also für den kommunistischen Volksentscheid. Der große Erfolg des roten Volksentscheids besteht vor allem darin, daß die KPD ihre Stimmenzahl seit den Reichstagswahlen am 14. September 1930, bei der sie 20.988 Stimmen erhielt, um 100 Prozent steigern konnte. Bei den Landtagswahlen 1927 erhielt die KPD 12.854 Stimmen. Der Erfolg der kommunistischen Partei ist ein so beachtlicher, als alle anderen Parteien, von den Nazis bis zur SPD, gegen den roten Volks-

entscheid waren und aktiv gegen die antifaschistische Einheitsfront-Kampagne der KPD kämpften.

Braunschweig ist der Beweis dafür, daß die kommunistische Partei auf dem richtigen Wege ist und verstanden hat, die rote Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus herzustellen. Der politische Massenstreik anläßlich des Nazi-Terrors in Braunschweig, die antifaschistische Einheitsfront gemeinsam mit den sozialdemokratischen Arbeitern und den Reichsbannerarbeitern sind die Ergebnisse dieser von der kommunistischen Partei geführten Einheitsfrontbewegung.

Es ist selbstverständlich, daß die kommunistische Partei nicht damit gerechnet hat, 50 Prozent aller Wahlberechtigten in Braunschweig für den roten Volksentscheid zu erobern. Aber gerade die Tatsache, daß sämtliche Parteien und vor allem die sozialdemokratische Partei-Führung offen auf Seiten der Nazi-Regierung Klages-Küchendienst stand, unterstreicht den Erfolg des kommunistischen Volksentscheids.

## Kommunistischer Vormarsch in Hessen

Unser Erfolg ist noch unbefriedigend — Die Koalitionspolitik der SPD fördert den Faschismus

(Eig. Drahtf.) Darmstadt, 16. November.

Bei der gestern in Hessen stattgefundenen Landtagswahl erhielten nach dem vorläufigen Gesamtergebnis:

Landtagswahl	Reichstagswahl	Landtagswahl	
1931	1930	1927	
KPD	108.590	84.515	41.280
SPD	174.519	215.747	157.293
Zentrum	112.769	104.246	85.450
KPD-Opportunisten	15.035	—	—
Deutsche Volkspartei	41.929	49.929	51.654
Staatspartei	11.344	38.829	37.789
Nationale Demokraten	4.903	—	—
Christlich-Soziale	17.246	—	—
Volksrechtspartei	4.403	4.702	24.123
Landbund	20.786	57.575	61.109
Deutschnationale	11.778	11.902	23.998
Sozial-Arbeiter-Partei	8.363	—	—
Nazis	291.189	137.981	—

Die kommunistische Partei gewann rund 24.000 Stimmen, das sind 27 Prozent gegenüber den Reichstagswahlen vom 14. September 1930. Im allgemeinen zeigt der Wahlausfall dieses Trends wie bei den Wahlen in Mecklenburg. Trotz des guten Erfolges der kommunistischen Partei ist das Ergebnis nicht befriedigend. Die KPD konnte nur einen Teil der der SPD verloren gegangenen

Stimmen abfangen. Der Reichler sah bei der Brandler-Gruppe und der Seidewitz-Partei, die einen kümmerlichen Restteil erlitten. Der einzige Erfolg, den diese Kleingruppen und Splittergruppen haben können, ist, daß sie die Arbeiterstimmen um einige zehntausend zweifelszerrüttet haben.

Der Erfolg der Nationalsozialisten ist in der Hauptsache auf Seiten der bürgerlichen Parteien zurückzuführen, die, wie die Deutsche Volkspartei, die Staatspartei und der Landbund, völlig aufgegeben wurden. Zum anderen kommt den Nationalsozialisten die stärkere Wahlbeteiligung zufließen. Ein wesentlicher Einbruch in die Arbeiterfront ist der Hitlerpartei auch in Hessen nicht gelungen.

Die gestrigen Wahlen in Hessen sind ein neues eindringliches Beispiel dafür, daß die Koalitionspolitik der SPD den Faschismus großtut. Die bisherige Regierungsmehrheit ist beseitigt.

### Arbeiterdemonstration in Berlin

Sonabendabend gegen 6.30 Uhr demonstrieren im Berliner Südwesten etwa 300 Arbeiter gegen den Naziterror. Mit Gesängen revolutionärer Lieder sangen sie durch die Straßen. Nachdem die Polizei Verärgerung erhalten hatte, löste sie die Demonstration mit dem Gummiknüppel auf und nahm mehrere Verhaftungen vor.

### 20 politische Gefangene im Hungerstreik

Am 11. November sind im Kleinfeldauer Gefängnis 20 proletarische politische Gefangene in den Hungerstreik getreten. Die Streikenden kämpfen gegen den Entzug von Vitaminen und gegen Raucherbot. Der Kampf der proletarischen Gefangenen in Kleinfeldau muß den härtesten Widerstand bei allen Werkschlagern finden.





# Eisenbahner, jetzt sollen eure Führer antworten!

Zahnfleischspruch von der Reichsbahngesellschaft angenommen

28. Berlin, 14. November.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat den von der Schlichtungskommission am 11. November gefällten Schlichtungsspruch, der eine 50prozentige Lohnsteigerung vorschlägt, angenommen und die Verbindlichkeitserklärung beantragt.

In zahllosen Versammlungen haben die reformistischen Gewerkschaften, die Führer des Einheitsverbandes, Entschuldigungen annehmen lassen, in denen sie jeden Lohnabbau für die Eisenbahner als untragbar erklärt haben und mit den härtesten Maßregeln gegen einen solchen drohten. Jetzt ist die Frage der Verbindlichkeitsklärung. Es ist zu feststellen, wie die RBD und die Kommunisten vorzugehen beabsichtigen.

Jetzt gibt es die reformistischen Führer beim Wort zu nehmen. Bestehen sie bereit, Betriebs- und Betriebsratversammlungen, Arbeiterversammlungen von Gewerkschaftsführern über das, was sie zur Vorbereitung des Kampfes getan haben.

Sie werden keinen Kampf organisieren. Ihr aber müßt sie entlarfen als Betrüger an der Arbeiterklasse, die sie in Wirklichkeit sind. Ihr allein könnt und müßt den Kampf aufnehmen unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Nur vor eurer Kampfbereitschaft werden die Klassenfeinde, die euch jetzt wiederum den Lohn sinkeln lassen wollen, zurückweichen.

## Unsere Arbeiterkorrespondenten mobilisieren.

Aufstumpfsend Kampfsprüche

Halle, 16. November.

Am gestrigen Sonntag fand in Halle eine gut besetzte Arbeiterversammlung der Arbeiterkorrespondenten von Halle-Saalkreis statt. Die Konferenz beschäftigte sich mit den konkreten Aufgaben, die die Arbeiterkorrespondenten und Redakteure der Betriebs- und Dorfzeitungen zur Unterstützung der Kampforganisation gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau zu bewältigen haben. Zur Leitung der Arbeit wurde eine Bezirks-Arbeiterkorrespondenten-Kommission gewählt, die bereits am morgigen Dienstag zu einer Sitzung zusammentritt.

Unter anderem beschloß die Konferenz, anlässlich der in 14 Tagen stattfindenden Werbetouren für Halle-Saalkreis eine Ausstellung unter dem Motto: „Wir Arbeiterkorrespondenten unterstützen die Werbearbeit“, zu organisieren.

Am Sonnabend fand eine ähnliche Konferenz für den Unterbezirk Hitzschfeld statt. Die Arbeiterkorrespondenten des Ruhrbezirks hatten an die Arbeiterkorrespondenten Mitteldeutschlands ein Begrüßungsschreiben geschickt. Den Wortlaut dieses Schreibens und den ausführlichen Konferenzbericht veröffentlichen wir morgen.

## „Rot Front!“ im Rundfunk

Comit-Nachrichten-Büro meldet:

Frankfurt a. M., 14. November. Gestern Abend erteilte sich während der Übertragung des Südwestdeutschen Rundfunks aus dem Frankfurter Cafe Wien ein Zwischenfall. Als die Musik leise spielte, vernahm die Hörer plötzlich die Rufe: „Wir wollen Arbeit! Nieder mit dem Kapitalismus! Rot Front!“ Die Übertragung wurde sofort abgebrochen. Wie sich herausstellte, waren vier junge Russen in das Cafe eingedrungen und hatten im Gespräch ihre Worte in das Mikrofon gerufen, die man sie daran hindern konnte. Die Unterbrechung ist eingeleitet.

## Rotes Volksbegehren in Sachsen zugelassen

(Eig. Meldung) Leipzig, 14. November.

Das kommunistische Volksbegehren auf Auflösung des Sachsischen Landtages ist nunmehr von der Regierung endgültig zugelassen worden. Die Eintragungsfrist ist auf die Zeit vom Mittwoch, dem 2. bis Dienstag, den 15. Dezember, festgesetzt.

Die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen haben sich für die Teilnahme am Volksbegehren ausgesprochen; die Deutsche Volkspartei hat sich in einem Brief dagegen gewandt. Sie befindet sich hier in einer Front mit der Sozialdemokratie. Die Führung des Sachsischen Landtags hat bisher noch nicht offiziell zum Volksbegehren in Sachsen Stellung genommen, doch sieht zu erwarten, daß auch sie das Volksbegehren ablehnen werden.

## Goebbels und das Lohnraubprogramm der Nazis

Endlich steht sich der „Angriff“ gezwungen zu unseren Entschuldigungen über die Geheimkonferenz im Herrenklub Stellung zu nehmen: „... Es handelte sich um einen privaten Vortrag in privatem Kreise, nicht um eine Unpräzise parteipolitischen Charakters durch beauftragte Nationalsozialisten.“

Das ist alles, was der „Angriff“ zu sagen weiß. Er leugnet nicht, daß Jund, der eben noch als Redakteur der „Berliner Arbeitszeitung“ das sozialreaktionäre Programm vertreten und als Hakenkreuzler in der Herrenklubkonferenz wiederholt hat, führendes Mitglied der NSDAP ist. Vor allem aber: der „Angriff“ identifiziert sich, indem er faktuelle Widerprüfungen entgegen sich mit der Erklärung Junds, daß die Hakenkreuzler, das marxistische Böhn- und Karzifolien völlig beilegen, Exportförderung unter härtesten Arbeitsbedingungen und herabgesetzte Löhne erzwingen werden.

Dieses Lohnraubprogramm der Hakenkreuzler, das der „Angriff“ nicht ablehnen kann, weil zu viele Ehrenreue der Funktionäre vorhanden sind, zeigt die „Arbeiterpartei“ als ausgeprägte Kapitalistenpartei. Sagt es weiter!

... Bei der von uns am Sonnabend veröffentlichten Meldung über den Vorfall einer kommunistischen Sitzung in Thüringen handelt es sich um einen in Form erscheinenden Bruderorgan, das „Thüringer Volkshaus“. Das Verbot erfolgte nicht, wie gemebelt, auf die Dauer von vier, sondern „nur“ auf die Dauer von drei Wochen. Wir bitten, das richtigzustellen.

# Schluß mit den Provokationen Japans!

Genosse Litwinow warnt die japanischen Kriegstreiber

Moskau, 14. Nov. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Genosse Litwinow, hat heute den japanischen Gesandten Iwata ein und jede Erklärung abgegeben.

In der Erklärung, die Jenen der Stellvertreter des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, Karahan, am 29. Oktober abgab, erwähnte die Unionsregierung die vollständige Unmöglichkeit und Unmöglichkeit der Verhandlungen und Gewährleistung, die sich aus ihrer traditionellen politischen Haltung, die sich aus ihrer traditionellen unüberwindlichen Feindschaft, der Verhängung der internationalen Verträge, die sie mit China abgeschlossen hat, und der Schädigung der sowjetischen Rechte und der Unabhängigkeit anderer Länder ergibt.

Die Unionsregierung hatte mit Recht erwartet, daß ihre klaren, feierlichen und unbedingten Absichten durch die Auslegungen jenseitiger Erklärung, welche Jenen vom Stellvertreter des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, Karahan, abgegeben wurde, mit Befriedigung der japanischen Regierung empfangen und den Beziehungen der provokatorischen Antijapankampagne über die angeblich seitens der Regierung der UdSSR intendierten demütigenden Truppen in der Mandchurie erteilt Hilfe ein Ende bedeuten würde.

Die Unionsregierung ist leider gezwungen, zu konstatieren,

daß interessierte japanische militärische Kreise fortzuehen, sich mit Verbindungen zu beschließen und durch die japanische Presse und Telegrammagenturen Gerüchte über eine Stilllegung für diese oder jene dienstlichen Generale zu verbreiten, die jeder Grundlage entbehren. Den offiziellen Charakter und die Quelle dieser Gerüchte bezog u. a. die offizielle Erklärung, die am 12. November vom Vertreter der japanischen Regierung in Moskau gemacht wurde, in der eine direkte Bestätigung über angeblich aus Liaowangschichent zur Verfügung stehender japanischer „heimliche und kommunistischer“ erhoben wird.

Die Unionsregierung lenkt die Aufmerksamkeit der japanischen Regierung auf diese überhebliche Antijapankampagne, die insbesondere von einigen militärischen Kreisen in der Mandchurie durchgeführt wird, mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen Japan und der UdSSR zu verschlechtern.

Zugleich hält es die Regierung der UdSSR für zeitgemäß, an die ausgemachten Forderungen des japanischen Gewerkschaften zu erinnern, daß durch die Ereignisse in der Mandchurie den Interessen der UdSSR kein Schaden zugefügt wird. Daran muß man so sehr erinnern werden, weil Informationen erhalten werden, daß sich die japanische Seereiseleitung anheißt, die Dichtungen im Gebiet von Tiflis mit einer die Eisenbahn zu pausen zu lassen, um die Tätigkeit zu überfordern, wodurch die UdSSR einen materiellen Schaden erleidet.

# Nazis überfallen Arbeiterwohnung

Überall Hakenkreuzbanden am Werk — Weder ein Brot erloschen!

(Eig. Bericht) Bielefeld, 14. Nov.

In dem benachbarten Braedde wurden die Nazis in die Wohnung eines 50 Jahre alten Krankenschwimmers einverleihen, die Türen und verließen den gesamten Arbeiter so sehr, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Das Reichsbanner lag in einer benachbarten Weisheit alarmiert, aber die Reichsbannerführer verdrängten, daß die Arbeiter dem überfallenen Broteten zu Hilfe eilten.

(Eig. Bericht) Würzburg, 14. Nov.

Zwischen Nazistudenten und Arbeitern kam es gestern zu einer heftigen Schlägerei. Dabei zog der Nazistudent einen Revolver und erschlug den Arbeiter Geis. Der Student wurde daraufhin von den empörten Arbeitern ferkenshausmäßig gepöppelt.

## Schnellgericht gegen Reichsbannerarbeiter

(Eig. Meldung) Lübeck, 14. Nov.

In Lütin, wo es vor einigen Tagen zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Reichsbanner und Nazis gekommen war, werden 27 Reichsbannerarbeiter aus Lütin verhaftet. Heute landen sie vor dem Schnellgericht. 17 Arbeiter wurden freigesprochen, 10 zu Gefängnisstrafen von 2 bis 9 Monaten verurteilt, weil sie mit Revolvern und Dolchen bewaffnet waren.

# Sie drohen mit Parteiverbot!

Am Dienstag Geheimkonferenz der Polizeiminister — Kämpft mit der KPD!

Die bürgerliche Presse hat aller Schattierungen beschäftigt sich in großem Maße mit dem Verbot der KPD. Die Frage, ob die morgen stattfindende Geheimkonferenz der Polizeiminister der deutschen Länder unter Goenners Vorsitz Maßnahmen gegen die kommunistische Partei ergreifen wird und welcher Art diese sein werden.

Kein Zweifel, daß von entscheidenden Kreisen der deutschen Bourgeoisie das Verbot der kommunistischen Partei geplant ist. Das ist keine vage Vermutung, sondern wird von so ernst zu nehmenden Zeitungen wie dem „Berliner Tageblatt“ vorgelesen abend mit den Worten begleitet: „Vor dem Hintergrund der KPD ist dem Reichsminister ein Verbot der kommunistischen Partei nahegelegt worden.“

Allerdings behauptet das Moll-Organ ebenso wie andere Freiwildler, daß Goerner tatsächlich kein Verbot der KPD beschließen wird. Es ist von hohen Intellektuellen die Begründung dafür zu hören. Der Reichsminister und Innenminister wolle die Partei darum nicht verbieten, „weil auch er davon überzeugt sei, daß damit die Partei nur in die Illegalität getrieben und der Spielraum für politische Exzesse festemessen verengt wird.“

Mit anderen Worten: Goerner weiß, daß die KPD nicht

tot ist, wenn sie verboten wird. Ganz im Gegenteil. Noch immer sind Verbotsfragen Machfragen gemeint, und darin ist es bestimmten Kreisen der Bourgeoisie gelegen, die KPD nicht zu verbieten, weil sie unsere Kraft kennen und fürchten.

Nachdem die Berührungsspielen der bürgerlichen Presse dürfen die Arbeiterpartei nicht belächeln. Tatsächlich ist die Legalität der kommunistischen Partei unerschütterlich gesichert, während den mörderischen und hinterhältigen Parteinichtern die geringe geistliche. So wenig wie die Maßnahmen des Klassenfeindes fürchten, so kämpfen wir doch bis auf's äußerste um die Legalität unserer Partei. Der einzige Gesichtspunkt, von dem aus die Kommunisten ihre Politik herleiten, ist das Interesse des Proletariats. Und darum werden wir keinen Schritt zurück, mögen die Kapitalisten uns drohen, wie sie wollen; darum werden wir unsere Massenarbeit noch viel fester entziehen.

Wir lehnen den individuellen Terror ab, den die Hakenkreuzler in ihren Setzungen predigen und um Hauptbestandteil ihrer blutigen Politik gegen das klassenbewußte Proletariat gemacht haben, ohne von Verbotsplänen verlor zu werden. Aber wir organisieren die Massen mit aller Kraft, um den schicksalhaften Terror zu brechen. Die Bildung des Massenbewusstseins durch die proletarische Einheitsfront der Werktätigen aller Parteien steht auf der Tagesordnung.

Mit besonderer Genugtuung verzeichnen wir, daß in letzter Zeit die Reichsbannerarbeiter über die KPD ihrer früherer hinweg in dieser Richtung eine besondere Aktivität entfalten. Sie müssen mit ihren sozialdemokratischen Kollegen jetzt auch in die Front einrücken, die um die Legalität der kommunistischen Partei, der einzigen antifaschistischen Kraft, kämpft.

## Stahlhelm-Sittlichkeitsverbrecher

(Eig. Meldg.) Götting, 14. November.

In Götting wurde vor dem Schöffengericht ein Sittlichkeitsprozeß gegen den Lehrer H. aus Friedr. (Thüringen) verhandelt. H. ist ein eifriger Funktionär des Stahlhelms. Er ist eine besondere Stütze in der Hege gegen Klassenbewußte Arbeiter. Ihm wurde zur Last gelegt, sich an seiner feindseligen „Kampfbroschüre“ in der „Stahlhelmschau“, früher vergangen zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Lehrer H. Gefängnis. Er wurde zu 9 Monaten verurteilt.

Das sind die listigen Eruenerer Deutschlands, die immer so gerne von der „sozialistischen Barbarei des Volkswissens“ und der „sozialistischen Sittenlosigkeit“ sprechen!

In der gestrigen Thüringer Spielmannsdirektive hat der Lokalmittler getündigt worden. Der Sturz des englischen Fundes machte einen Lohnabbau notwendig — sagen die Unternehmer.



# Frankreichs Arbeitslose treten auf den Plan

Große Demonstration vor dem Parlament in Paris

Paris, 14. November. (Eigener Bericht.) Heute sah die französische Hauptstadt die erste große Arbeitslosen-Demonstration. Während in der Kammer, die zum erstenmal nach den Ferien zusammentrat, das Datum für die Beratung der Interpellationen über die Arbeitslosigkeit festgelegt wurde, marschierten aus den Bezirken viele Tausende in die Stadt, deren jeder Hunderte von Arbeitslosen zählte. Mehrere Tausend versammelten sich auf dem dem revolutionären Gewerkschaftsamt, und demonstrierten unter dem Rufen „Arbeit und Brot!“

Im Stadtzentrum herrschte regelrechter Belagerungsstand. Eine Gewerkschaftsversammlung der Demonstranten, um die Abgeordneten vor dem Ausbruch der Gewerkschaften zu warnen, so kam zu Zusammenstößen und Handgemein. Hunderte Demonstranten wurden festgenommen. Trotzdem gelang es einer Delegation, ins Parlament einzudringen und die Abgeordneten des Seinedepartements zu interpellieren. Bei der Unterredung mit der kommunistischen Parlamentsfraktion sprachen die Arbeiter für ihr volles Vertrauen aus.

# Judenkonferenz ge scheitert

Macdonald, das Jbod der Sozialdemokratie, ein Mussow-Imperialist

London, 14. November.

Die Judenkonferenz muß, wenn nicht alle Anzeichen trügen, als definitiv gescheitert betrachtet werden. Nach Ministerpräsident Macdonald, der die heutige Sitzung des Arbeitlosenausschusses leitete, deutete dies in seiner Ansprache mit dem Ausdruck Heßlich-Schauberns an. Eine endgültige Erklärung verließ er auf die in der nächsten Woche stattfindende Sitzung des Plenums der Konferenz.

Ganz hi selbst gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Arbeitlosen Ausschuss, der mit sozialer Verantwortung im Auge ins Leben gerufen worden sei, jetzt ein so trauriges Ende nehme. Das Abkommen vom vorigen Donnerstag sei für alle Anhänger des Arbeitlosen Ausschusses vollständig unannehmbar. Nach einer Schlußbemerkung Macdonalds wurde der Arbeitlosen Ausschuss auf unbestimmte Zeit vertagt.

# Französischer Sieg an der Reparationsfront

Paris, 12. November. Seit mehreren Tagen finden Verhandlungen zwischen der französischen und deutschen Regierung über die Frage statt, wie man zu neuen Reparationsverhandlungen kommen könne. Heute veröffentlichte die französische Regierung eine Erklärung, aus der zu ersehen ist, daß die französische Regierung, wie zu erwarten war, einen völligen Sieg davongetragen hat.

Die deutsche Regierung wird nach dieser Mitteilung die Einhaltung des Zahlungsanschlusses der Rente für internationale Zahlungsvorteile (RZ) beantragen. Dieser Ausschuss wird nach den Richtlinien des Youngplans die Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen und dabei hierfür eine strenge Finanzkontrolle über Deutschland ausüben. Wie er sich von der deutschen Regierung die Lage betrachtet wird, geht daraus hervor, daß der Staatssekretär Bülowm etwa nach Paris fährt, angeblich nur in den Verhandlungen wegen der Kriegsschuld im Osten, in Wirklichkeit, um bessere Bedingungen für die kommenden Reparationsverhandlungen herauszufinden zu suchen.

Zwischen ihr auch der deutsche Teil der deutsch-französischen Wirtschaftskommission in Paris eingetroffen, so daß die gemeinsamen Beratungen über die Handelsbeziehungen beider Länder heute begonnen haben.

# K. OLECTIV Sie letzten Tage von...

Copyright by „Die Neue Wache“.

26. Fortsetzung 20. Kapitel.

Käte stand an ihrem Verkaufstisch und hatte gerade alles zu geräumt, was sie der letzten Kundin vorgelegt hatte, da kam Herr Schneidig angelaufen. „Fräulein Preisler, melden Sie sich bei Herrn Silberstein in der Spielwarenabteilung. Da muß heute noch fertig aufgebaut werden. Aber ein bißchen schnell. Lassen Sie Herrn Schob ruhig ein bißchen warten.“

Herr Schneidig war schon in Hut und Mantel. Er brauchte keinen „Schob“ nicht warten zu lassen.

Käte wollte noch etwas sagen. Aber sie überlegte es sich. Wegen des einen Abendes Schunk machen, das lohnte nicht. Sie hatte gar keinen Appetit auf Erwerbslosigkeit. So trostete sie sich denn, natürlich in nicht ganz zögiger Stimmung, in den vierten Stock. Dort hockten schon viele herum, um im Schweiß ihres Ansehns die niedlichen, kleinen, leichtesten Sachen, die nachher so lustig auszugehen und aufzubauen.

Sie meldete sich bei Herrn Silberstein, der die Vermögensliste aufgerechnet und der Figuren trotz Raucherrotes im Mund, herr umfing. „Was wollen Sie denn hier?“ Wie? Gaffen? Wie? Sind Sie denn? Von Schneidig kommen Sie? Wie? Ich nichts davon. Kommen Sie morgen wieder... Haft mal, helfen Ihnen Sie? Ja, lassen Sie sich mal da drüben zeigen, was Sie so tun haben, bei den Puppen. Fräulein Gadebush, hier ist ein Fräulein vom Stofflager, die will Ihnen helfen.“

Mum, mit dem Wollen sah es ja nun etwas anders aus. Aber das interessierte Herrn Silberstein nicht. Der war schon wieder über alle Berge.

So machte sich Käte laut Anweisung mit den Puppen zu schaffen, während am Nebentisch die Zinnoberarbeiten aller Größen und Sorten vom vorigen Jahr hervorgeholt wurden. Liegende, stehende, sitzende, stehende Franzosen, Deutsche, Engländer, Polen um ganze Tische voll! Und darunter die Colobaten ausstufungen für die Kinder: Pappschiff, Säbel, Gewehr mit

# Deutsche Seeleute in Sowjetfreiheit

Scharfe Zurückweisung der „Borwärts“-Lügen durch die deutschen Seeleute in Leningrad — kein deutscher Seemann je in G.M.-Hast

In den letzten Tagen veröffentlichte die bürgerliche Presse, an der Spitze natürlich der sozialdemokratischen „Borwärts“, Meldungen, wonach die freiwillig in Leningrad verbliebenen freilebenden deutschen Seeleute von der G.M. in Schutzhaft genommen worden seien und bei der nächsten Gelegenheit nach Deutschland zwangsweise abgeschoben, also der deutschen Klassenjustiz ausgeliefert werden sollen.

Obwohl die Märchenhaftigkeit dieser Behauptung klarenbewachten Arbeitern nicht zweifelhaft sein konnte, hat unter W.B. Redaktionsmitglied in Moskau sofort Verbindung mit den deutschen Seeleuten in Leningrad aufgenommen. Wir erhalten darüber folgendes Telegramm:

Moskau, 13. November. (Drahtbericht unseres W.B. Redaktionsmitgliedes). Die deutschen Seeleute in Leningrad sind über die Lügen, die man über sie verbreitet, höchst aufgebracht. Heute sind sie zu einer Versammlung zusammengetreten und haben folgende Erklärung abgegeben:

„Wir in Leningrad zurückgebliebenen deutschen Seeleute, die nach dem Sturz der Sowjetunion arbeiten dürfen, antworten auf die Lügen des „Borwärts“: Wir sind keine einzigen Tag in irgendwelcher Haft, weder seitens der

G.M. noch von irgendwelchen anderen Behörden gewesen. Wir werden im Gegenteil von Seiten des Internationalen Seemannsklubs auf das tatkräftigste unterstützt und sind in keiner Weise in unserer Bewegungsfreiheit behindert.“

Die behördlichen Vorbereitungen für unseren Eintritt in den Produktionsprozeß sind soweit geblieben, daß wir schon in den nächsten Tagen unsere Arbeit in den verschiedensten Betrieben aufnehmen können. Gehört nicht einer Klasse, falls diese gemüht wird, nichts im Wege. Wir legen eine Bitte derjenigen Seeleute bei, die an die Angehörigen und verschiedenen Organisationen über ihr Leben und ihre Einbrüche in der Sowjetunion berichtet haben. Diese Berichte dürften geeignet sein, das Gegenteil der lügenhaften Behauptungen des „Borwärts“ zu beweisen.

Wir protestieren mit unseren Unterschriften gegen die Hebe, die gegen die Sowjetunion und die in Leningrad gegen den Lohnabbau der freilebenden revolutionären Seeleute erhoben wird und geben unter proletarisches Ehrenwort, daß alles Obengesagte Wahrheit ist. Wir ermächtigen die „Rote Fahne“, dieses zu veröffentlichen. Folgen 26 Unterschriften.

# Vor einer neuen Weltfinanzkatastrophe

Zahlungsunfähigkeit der deutschen Kapitalisten erschüttert die Geldmärkte

London, 14. November. Das große englische Blatt „Evening Standard“ kündigt eine neue schwere Weltfinanzkrise an. Die englischen und amerikanischen Bankiers, die zahlreiche kurzfristige Kredite an Deutschland gegeben haben, wollen wegen der schwierigen Lage im eigenen Lande ihr Geld im Dezember, spätestens Anfang Januar, zurückfordern. Da es heute schon klar ist, daß Deutschland nicht zahlen könne, würde es dem bestimmt zu einer neuen Finanzkatastrophe auf dem Weltmarkt kommen.

Die englischen und amerikanischen Bankiers befänden deswegen auf der sofortigen Rückzahlung der kurzfristigen Privat-

schulden, weil sie Angst haben, daß bei den kommenden Verhandlungen auf den Druck Frankreichs hin die Youngpläne den Vorrang bekommen, so daß die Privatguthaben einstmals überhaupt nicht zurückgezahlt würden. Würde dieser Fall eintreten, so müßte das für den Londoner Geldmarkt, der mit 50 Millionen Pfund (etwa 12 Milliarden Mark) an den kurzfristigen deutschen Kredit beteiligt ist, die empfindlichsten Folgen haben.

Die Ankündigungen des englischen Blattes sind von größter Bedeutung. Sie kündigen eine neue, verstärkte Krise an. Neue, verstärkte Weltenerwerbslosigkeit, neue Krisenkrise, neue Millionenverleste für die wertstätigen Massen sind in Aussicht!

# Militär bombardiert!

Japanisches Militär besetzt Aganzchi

Shanghai, 14. November. Nach einer Meldung der amerikanischen japanischen Telegraphenagentur Gont haben japanische Militärs mit 2000 Mann besetzt, nachdem der veränderte Machtverhältnisse von den japanischen Militärs gebrochen worden ist. Es sind erbitterte Kämpfe zwischen den chinesischen General Ma und den Japanern im Gange. Eine japanische Telegraphenagentur meldet die Besetzung Aganzchis durch japanische Truppen, das in unmittelbarer Nähe der Dschinellischen Bahn liegt.

# Volksaufstand in Sienfui dauert an

Tokio, 13. November. Aus japanischer Quelle in Sienfui wird berichtet, es sei dort die ganze Nacht geschossen worden. Die Aufständischen seien in der Anzahl von Hunderten der japanischen Konzeption und der chinesischen Stadt erdrückungen. In Shanghai wurde von der Regierung der Belagerungszustand verhängt, mit dem die chinesischen

Behörden alle Kundgebungen gegen die japanischen Imperialisten untersuchen wollen.

Tokio, 13. November. (Zentrale.) Nach einer Mitteilung des japanischen Kriegsministeriums steht die Abwendung neuer Truppeneinsparungen nach der Mandchurien bevor. Unter diesen Truppenteilen befindet sich auch die 8. Division.

# Immer wieder Judenjagd in Polen

Warschau, 13. November. (Eig. Bericht.) Die jüdischen Kundgebungen, zweifellos von offiziellen Stellen mit inspiriert, wollen kein Ende nehmen. Jetzt haben die Ausschreitungen auch auf Lemberg übergriffen, wo der jüdische Studententum 30 jüdische Studenten, davon einen schwer, verletzt. In Warschau und Krakau müssen die Unruhen gelassen werden. Kommunistische Arbeiter gestatten sich in Krakau zu den jüdischen Studenten im Widerstand gegen die Polizei.

Auch in Polen ereigneten sich antisemitische Ausschreitungen; so vertrieben die Bourgeoisstudenten die Gäste eines Cafés, weil dort eine jüdische Kapelle konzertierte. Zwar wurden Studenten verhaftet, aber sofort wieder auf freien Fuß gesetzt.

und ohne Anst. Kein Wunder, daß Kinder, die mit diesen Dingen spielen, als Heranwachsende den Wunsch haben; ihr Spiel fortzusetzen. Käte mußte erst an achtzig Kartons den Preis ändern. Vordere hatte nun gelassen: 1,85 Mark. Jetzt hobte sie einen Zettel darauf, der den Preis 1,90 Mark trug. Dann mußte sie zu die fünf Hand jeder Puppe ein Nummernschild befestigen. Kräftige, langweilige Arbeit! Und Fräulein Gadebush, die in der gleichen Gehaltstufe wie Käte stand, sonst ein ganz nettes Mädel, kam sich vor wie eine Herrscherin, weil man ihr zwei Gehilfen zugeteilt hatte. Sie meinte vielleicht, nun sei sie Chef und war entsprechend hochfahrend.

Käte machte mechanisch ihre Arbeit. Jetzt mußte Fritz unten warten. Ob er sehr böse war? Eigentlich hätte sie versuchen sollen, ihm Beiseite zu legen. Das ging nun nicht mehr. Aber kaum hatte sie es gedacht, da kam Binte mit einem Wagen voll kleiner Spielzeugfabrikats vorbeifahrend, den dat sie, er möge Fritz Beiseite legen, sie würde ihn nachher besuchen. Binte versprach, es zu tun.

Und da einmal selbst die langweiligste Arbeit vorübergeht, wurde auch diese einmal fertig. Am halbtag konnte Käte weggehen. Vor Fräulein Tür stütete sie. Fritz kam herunter und ließ sie herein.

Er hatte auf seinem Tisch einen Atlas liegen. Den konnte Käte noch nicht „Wah! du wegbringen, Fritz!“

„Ne, ist gude mit bloß mal Japan an“, antwortete er.

„Japan? Du bist wohl großdenkungslos geworden?“

„Wie? Da ist doch allerhand los. Das muß man doch wissen.“

„Ach, Fritz, ich bin ja so dumm. Ich weiß gar nicht, was das los ist.“

Fritz staunte, als ob er sich gar nicht denken könne, daß es einen Menschen gäbe, dem heute noch nicht bekannt sei, daß die Japaner gegen die Chinesen losmarschiert waren und chinesische Städte mit Bomben belegten. Er erklärte ihr, was der Völkerring im ersten Weltkrieg gemacht hatte. Die Japaner hatten zuerst man Krieg gegen den Krieg. Japan antwortete fleißig und ließ seine Truppen weitermarschieren. Und jetzt...

„Ich mal hier. Hier ist die Dschinellische Bahn. Die geht durch die Mongolei. Die Sowjets brauchen diese Bahn, weil sie zwei Züge haben. Und zwei mal täglich, meistens

ander verbindet. Jetzt kommen die Japaner in die Stadt Hsiflat. Sieht du — hier...“

„Moment... Hsiflat-lar...“ Käte buchstabierte.

„Ja, das haben sie bombardiert. Und hier: Aganzchi...“

„Das habe ich noch nicht.“ Der Zeigefinger Rätles fuhr neben der Dschinabahn herum. „Ach, hier — U-gant-ich — ja, und was ist damit?“

„Das haben die Japaner angeht schon besetzt.“

„Ja, und?“ Du bist großartig.“

„Was geht dich das an, wenn die Kerle sich da toschosen?“

„Was mich das angeht? Das geht mich einen Haufen an. Weißt die Japaner nämlich gar nicht die Chinesen metten, sondern die Sowjetunion. Sie wollen bloß, daß die Rote Armee losläßt, damit die anderen Imperialisten, die da im Widerstand aufkommen, mitmachen können, um das arme unschuldige Japan zu schützen und den Friedensstörer zu vernichten.“

„Ach, Unfaut! Das sind wieder so Phantasien von euch. Wie kann denn zum Beispiel Frankreich in der Mongolei Krieg führen?“

„Braucht's ja gar nicht. Du weißt doch — nee, daran kamst du dich nicht mehr erinnern — am 28. Juni 1914 wurde irgendwo auf dem Balkan ein Mann erschossen. Ein einziger Mann, der immerhin im politischen Leben stand. Das war seine Kriegserklärung, forderte ein Attentat. Und ein paar Wochen später gab es schon mißglückte oder Kriegserklärungen.“

Käte überlegte. Dann sagte sie: „Das war doch gar nicht deswegen, daß du mit dich selbst gegolgt. Da waren doch die Wirtschaftsverhältnisse dran schuld.“

„Richtig. Und im Fernen Osten fand auch die Wirtschaftsverhältnisse schuld. Den Kapitalisten wird der Markt zu eng. Sie brauchen einen neuen Krieg. Sie sagen China und meinen die Sowjetunion...“

Käte guckte sich noch einmal die Karte an. Sie sah Wladimiroff, den eisernen Sowjetführer, der östlich von der Mongolei lag, und verfolgte die rote Linie, die ostindische Bahn, die in das neu erschlossene Sowjetland führt. Dann fing sie wieder an zu fragen. Fritz antwortete ihr so lange und so geduldig, bis ihr klar war, warum es eine besondere Provocation darstellte, wenn die Japaner gerade die Dschinabahn besetzten.

(Fortsetzung folgt.)





Weißenfels Dampf-Kunstfärberei Leipzig Str. 120 Dekator, chem. u. Dampfmaschinenfabrik färbt reinigt wäscht

Trinkt die gute Milch aus der Central-Molkerei Weißenfels Zorbau

Arbeiter besucht den Film-Salast Dienstag und Freitag Programmwechsel

Edvard Lehmedt Schokoladenhaus Papir- und Schreibwaren

Neustadt - Seifenhaus

Pantofel-Centrale Miersdorf

Herren-Bekleidung kaufen Sie am billigsten bei Atlas Markt 18

Cieplolka-Schlachthof Därme / Leber u. Gewürze

Motorräder nur im Nürnberger B.M.W. D. Rad Standard N.S.U. Harley-Davidson

Mitglieder der Konsumvereine, verlangt einen Kasse aus der Käseerei W. Engler

Wollt ihr gut und billig kaufen, müßt ihr zu Messow & Waldschmidt in Zeitz laufen!

Forderung Zeitz Neumarkt hat noch immer jeden gut bedient

Händlerbörse Sächse & Co

Farben und Lacke Kühnerl & Co.

Schützenhaus Jeden Sonntag BALL

Gür Schuhe nur Flatons Schuhquelle

A. Hellinger Modewaren u. Konfektion

Zuerst zu Hart Größtes Textilhaus von Zeitz

Herren- und Damen-Friseur Albert Feyer

Alfred Pretzschner Brot- und Feinbäckerei

Hauschlahtenes und Gemischwaren

Dörrerdingen

Schuhhaus Marquardt

A.-K.-W.-Briketts sind billiger

Langeureichenbach

Reserviert Nr. 10

Max Zirnstein Billigste Benzogalle für Kohlen, Holz usw.

Carl Reiter Judenstraße 12

Schubhaus Ferdinand Beyer bekannt für gute Qualitäten

Sie besten Käse kauft man von J.-u.-F. Hampe

Schuhhaus Neumann Die richtige Bezugsquelle

Erich Haase Kohlen, Brenn- u. Steinöl

Gährquelle Michaelsstraße 97

Reserviert 36

Nichtewig Billige Seidenmützen

Gebt für die rote Hilfe! Freyburg a. U.

Trinkt Milch aus der Molkerei Freyburg!

Verlangt KXSB der Firma Wöhler & Laackmann

Der Weg zum Kunden führt über die Reklame! Darum inseriere!

Kurt Gräber Milch, Butter, Eier, Käse

Hugo Franke Fleisch- und Wurstwaren

Ewald Schwarz Hauswirtschaftliche Waren

Kurt Telling Karl Lautenschlager

Albert Radolph Bäckerei

Reinh. Lauerbach Kolonialwaren, Kaffee, Tee

Pa. Fleisch u. Wurstwaren

Strauß & Hermann

Brost- und Feinbäckerei Alwin Hasert

Winsdorf Kolonialwaren - Bäckerei

Hedwig Kieme Man kauft vorteilhaft!!!

Ad Hanke Bäckerei und Kolonialwaren

Kraut Schurig-Brot, Stehla

Otto Krause, Blodder Str. 5

Brot- u. Mischbäckerei

Landbrotbäckerei

Emil Bünsch Nikolaistraße 46

Paul Rothe Seidenmützen, eig. Hauswirtschaftl.

Fahrräder Motor-Reparaturen

Untergerislau u. Weißenfels

KARL NOWACK Hauswirtschaftl.

Wiedebach bei Weißenfels

Corbetha

„Schützenhaus“

Lebensmittelgeschäft K. Moiz

Paul Scharf, Fleischerel

Café König Bäckerei und Konditorei

Rosenberg Hettstedt Markt

das führende Kaufhaus für Bekleidung und Aussteuerwaren

Friedrich Ballin - Inh. H. Grippall Markt 7-8

Möbel, Polsterwaren, Kleiderstoffe, Wäsche

H. Herpel Spezialität: Wäsche, Leib- und Bettwäsche

Trinkt Qualitäts-Vollmilch

Molkerei Produkte

Schwanen-Apotheke

August Kremer, Bescener Straße 14

Anfertigung aller Krankenkassen-Rezepte

Ammdorfer Schokoladenhaus

Zentral-Molkerei Ammdorf

Möbel

Richard Gabler, Stedlung 123

Herren- und Damen-Frisiergeschäft

Gewerkschaft und Fleischerel

Werbt Abonnenten!

Tauch u. Weißenfels

Carl Große Bäckerei und Kolonialwaren

Friedrich Barthold Bäckerei u. Kolonialwaren

Hermann Sitt

Gasthaus „Deutsches Reich“

Rosenfeld

Fahrräder, Nähmaschinen, Motorräder

Willi Lehmann

Ehrenroda

Bäckerei - Kolonialwaren - Drogerie

Bruno Pertz

Fleisch- u. Wurstwaren

Stierfeld

Ernst Preußner, Handarbeiten

Otto Bertram

Hauschl. Fleisch- u. Wurstwaren

Damen- u. Friseur

Frans Belger

Hettstedt

Naus- und Küchengeräte

K. Kleine, Am Markt 17

Wesentlaubingen

Arthur Fritzsche Bäckerei und Konditorei

Hausschlächterei

Eilse Kramer

Reserviert

Lina Kraus

Konsumverein für Ammdorf

Molkerei Nietenleben

Richard Hauck Nietenleben

Bereitet nicht Wollas Klappspiele

Nietenleben, Lettin, Geeden, Rehtig

Gosja

Hausfrauen

Dr. Hering, Haus- und Möbelschlächterei

Reserviert



# Aus der Arbeit der R.G.O.

## Es geht ums Ganze!

Mittet zur Bergbau-Industriearbeiter-Konferenz; Mitteilungsband am 28./29. November in Halle

(Fortsetzung und Schluß)

555 Bergarbeiterfamilien müssen von der Wohlfahrtsunterstützung leben, damit die Zubehörs-Aktionen 2,5 Millionen Mark verpacken können!

Durch zeitweilige Stilllegung und Einlegung von Feiertagen wurde der Jahreslohn der Belegschaft um 20 Prozent gekürzt. Die Bergarbeiterfamilien müssen hungern, damit die Zubehörs-Aktionen erledigt werden und weitere Kameraden aus Strafgefangnissen freigesetzt werden.

Im dieser maßstablosen Entlohnung trägt der Bergbauindustriearbeiterverband die volle Verantwortung. In der 46. der Verhandlungslösung läßt der Kapitalist die Arbeiter in einen Abgrund stürzen, in dem er von den Kapitalisten weitere Verführung der Arbeitszeit, weitere Feiertage und Einführung des Krümperpflanzens fordert. Krümperpflanzung, das ist ein neues Schlagwort für einen alten Schwindel der Gewerkschaftsbürokratie. Damit soll den Bergarbeitern weisgemacht werden, daß durch „Erleichterung der Arbeit die Erwerbslosigkeit vermindert werde“.

In Mitteilungsband Strafen die menschenleeren Köder der Tagebau den Gewerkschaftslogen, noch ehe sie mit ihrem Schwindel in die Versammlung kommen!

Während die Bergämter im Steintohlenbergbau bereits eine neue Lohnsetzung durch förmliche Kündigung in Angriff nehmen, rufen die Grubenbarone Mitteldeutschlands, der Oberbergamtschef Leopold hat bereits für den Braunkohlenbergbau die Unrechtmäßigkeit einer Lohnsenkung angekündigt! Die Antwort des Verbandes vorliegenden Schluß ist: „Wir werden bei 20 Prozent Lohnabbau nicht streiken!“

Die bisherige Haltung der Verbandsbürokratie hat den Bergarbeitern gezeigt, daß von dieser Seite keine Hilfe, sondern nur neuer Betrug und neue Verleumdung zu erwarten ist.

Es gibt nur eine Kraft, die dieses arbeitervernichtende Programm der „nationalen“ Selbsthilfe aufhalten kann und das ist die rote Selbsthilfe der Arbeiter, zum Kampf um höhere Löhne.

Christliche und „rote“ Gewerkschaften haben sich für weitere Opfer der Arbeiter zur Sicherung der Kapitalistenprofite bereit erklärt. Die Nationalsozialisten sind die dritten im Bunde. Im „Herrenklub“ zu Berlin hat der wirtschaftspolitische Sachverständige der NSDAP, Walter Funt, vor Oubschlagern, Bankiers und Industriellen erklärt:

„Wir werden die niedrigsten Löhne festsetzen und zu diesen Löhnen die Arbeitslosen werden der Arbeit zuführen.“

Durch Inflation lösen die Zahlungsmittel zur Fortführung der Produktion defizitär werden. Und zu diesem Maßprogramm erklärte ein freigewerkschaftlicher Angehöriger des reaktionären Hohenarbeiterverbandes in der Hamburger Bürgerhaushalt:

„Lieber zehnmal mit den Nazis, als einmal mit den Kommunisten!“

Das ist der Geist der Leipziger, Graßmann und Eggert im Mitteilungsband — lieber zehnmal mit den Kapitalisten, als einmal mit den kämpfenden Arbeitern gegen die Lohnsenkung!

## Genosse Torgler, M. d. R. spricht

über: „Angestellte und Beamte im Kampf gegen ihre Verleumdung — Wo steht ihr Feld?“  
Angestellte, erscheint in Massen am Donnerstag, 20 Uhr, im „Wintergarten“.

Fulmann, Giller, Schmitz und Gochel sind sich einig, um jeden Preis den Kapitalismus gegen den Ansturm der Arbeiterklasse zu verteidigen.

Die Berliner Metallarbeiter haben sich nicht von diesen Streikführerorganisationen verwirren lassen, sondern sie haben unter Führung der R.G.O. über die Köpfe der korumptierten sozialistischen und sozialfaschistischen Bogen hinweg die revolutionäre Gewerkschaftsinitiativen geschlagen. Die Berliner Metallarbeiter haben ihre Betriebe angefaßt, die drohenden Lohnkürzungen freiergestellt gemacht. Sie haben ihre Forderungen aufgestellt, sie haben sich Kampfschritte gewählt, sie haben die Streikposten organisiert und gegen jeden Angriff der Unternehmer einschließlich des Streik bröckeln.

Sie haben nicht gemerkt, bis der Angriff erfolgte, sondern sie haben bei Siemens, Bosch und anderen Betrieben den betrieblichen Kampf aufgenommen und — sie haben ihre Forderungen durchgesetzt. Die Unternehmer sind zurückgewichen vor der revolutionären Streikstrategie und Taktik der R.G.O. vor dem revolutionären Kampfwillen der Berliner Metallarbeiter.

Und nicht nur die Unternehmer sind zurückgewichen, auch der staatliche Schlichter hat angesichts der kämpfendsten Haltung von der Senkung des Lohnes Abstand genommen und die Kaufleute des alten Paradies verläßt.

Sie ist erneut der Beweis für die Richtigkeit der R.G.O.-Taktik erwiesen, die schon in zahlreichen Fällen die Arbeiterschaft zum Erfolg geführt hat.

Wird die mitteldeutsche Bergbau-Industriearbeiterchaft muß zum Kampf rufen. Zahlreiche Betriebe und Gewerkschaftsorganisationen fordern die Einberufung einer Delegiertenkonferenz in dem mitteldeutschen Bergbau.

Die Konferenz findet am 28. und 29. November in Halle statt.

Es liegt jetzt bei den Funktionären der R.G.O. bei allen Klassenbewußten Bergarbeitern, bei allen Kameraden, die sich nicht länger der Willkür des Unternehmertums ausliefern wollen, diese Konferenz zu einem wichtigen Anknüpfungspunkt der Klassenbewerkschaftsinitiativen zu gestalten!

An jedem Betriebe, in jedem Schachte müssen sofort die Betriebsräte zu dieser Konferenz Stellung nehmen, müssen die Belegschaften zusammenrufen und Delegierte wählen. Alle Schichten und Abteilungen müssen Delegierte entsenden. Wenn möglich, christliche Kameraden, Betriebsräte und Industrievertreter müssen sich frei machen von der Diktatur ihrer „Führer“ und in breiterer Demokratie nach dem freiesten Bestimmungswort der Mitgliedschaft ebenfalls ihre Delegierten zur Konferenz entsenden. Kein Arbeiter darf zulassen, daß die Einheitsfront aller Bergarbeiter noch länger zerstört wird.

Zu gleicher Zeit muß die Vorbereitung der Konferenz alle Schichten der wertvollsten Bevölkerung, die an der Lage der Bergarbeiter interessiert sind, mobilisieren. Erwerbslose, Bergarbeiterfrauen, Angestellte, die alle müssen ihre Delegierten zur Konferenz entsenden.

Die Aufgabe der Konferenz wird es sein eine Einheitsfront im gesamten mitteldeutschen Bergbau zum Kampf für folgende Forderungen in allen Betrieben und in allen Betrieben zu schaffen:

## Angestellte in die R.G.O.-Kampfbataillone!

Heraus zur öffentlichen Angestelltenversammlung am Donnerstag im „Wintergarten“!

Hand in Hand mit dem Angriff der Unternehmer auf die Röhre der Arbeiterschaft geht der Angriff auf die Angestelltengehälter. Die Angestellten erkennen immer mehr, daß sie keine bevorrechtigte Ausbeutung sind, sondern genau so wie die Arbeiter in den Betrieben ausgebeutet werden und daß ihre Existenzlage eine immer schlechtere wird. Von ihren fleißigen Gehältern werden in dem letzten Jahr 20 und mehr Prozent abgehoben und im Zusammenhang mit der einseitigen Lohnsenkung im ganzen Reich mit der Tätigkeit des Betriebsrats, droht weiterer Personal- und Gehaltsabbau für die Angestellten. Dazu 1 Million arbeitslose Angestellte im kommenden Winter.

## Wer zeigt den Ausweg? Wo bleiben die Angestelltenverbände?

In welchen Betrieben rufen die Gewerkschaften zum Kampf gegen die vorgenommenen Beschäftigerkürzungen? In welchen Industriebetrieben?

## Alle Betriebe und Stempelstellen

stellen die Vorbereitung zum Reichstagswahlkampf der Erwerbslosen in der Vorbereitung der Distinktionen. Nehmt überall Stellung zur Delegiertenwahl und fordert die Finanzierung der Delegierten durch rege Sammelaktivität.

Arbeitslosen kommen sie zum Widerstand gegen die bevorstehenden Maßnahmen der Unternehmer? Wo fordern sie die Angestellten auf, zusammen mit den Arbeitern die Selbsthilfe der Wertigkeiten, der „nationalen Selbsthilfe“, der weiteren Verleumdung entgegenzutreten und zu kämpfen?

Siehe schon sagen wir den Angestellten, daß das Schicksal in ihren eigenen Händen liegt und sie sich nur mit eigener Kraft unter der Führung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsbürokratie die Politik der Lotterierung der Regierung bringend, der Arbeiterverbänden und des Gehaltsabbaus entgegenstellen.

Es gibt in Deutschland nur eine gewerkschaftliche Kraft, die dem Arbeiter, Angestellten und Beamten den Ausweg aus Notstand und Not aufzeigt, und das ist die R.G.O.

Der Angestellte ist genau so kampffähig wie der Arbeiter, wenn er sich seiner falschen Berater und Vorurteile entledigt. Rednet ab, ihr „Belegschaften“ der Büros und der Warenhäuser, mit den gehaltsüberhöhten Gewerkschaftsführern. Schließt mit den Arbeitern in den Betrieben und auf den Stempelstellen das Kampfbündnis auf dem Boden der proletarischen Selbsthilfe, und organisiert euch in der R.G.O. dem allumfassenden Zentrum der revolutionären Gewerkschaftsbewegung. Gleich, ob in G.M., Z.M. oder D.M., alle oppositionellen Angestellten gebeten zusammenzuschließen, in der revolutionären Opposition kämpfen zu können, und diesen Zusammenstoß finden sie eben, ohne Ausfrist aus dem Verband, ohne Unterschied von Partei und Weltanschauung in der R.G.O.

## Kampf der Gläubigenfront

Unwürdige Betriebsverhältnisse bei der Firma Krause — „Montage“ im Bodwitzer Ländchen

M. A. Juchacz, Pleß und Müdenberg werden Grabenverbreiterungsarbeiten durchgeführt. Wohlfahrtsunterstützung ist bei der Firma S. Krause aus freiesicht (Niederlassungen) verweigert worden. Eine andere Firma hatte man nicht. Man mußte extra eine aus Niederlassungen holen. Die Zustände in diesem Betriebe sind himmelstreichend. Die von den Stempelstellen und von den Wohlfahrtsämtern kommenden Arbeiter stehen buchstäblich über der Gläubigenfront der leitenden Personen dieser Firma. Die Nebensachen, „wenn Sie die Arbeiter nicht lassen können, so bleiben Sie morgen zu Hause“.

fallen jeden Tag. Die Arbeiter müssen ganz genau, wie immer es einem Kollegen wird, wieder Wohlfahrtsunterstützung zu bekommen, wenn er als einzelner die Broden hinstreift.

Notwendig ist, daß sofort eine Verammlung durchgeführt wird und daß Forderungen den Unternehmern unterbreitet werden müssen. In den Frühjahrsarbeiten muß das Freisicht stehend verzeht werden. Fische und Schiffe kennt die Firma nicht, wenigstens nicht für die Arbeiter. Bei Regenwetter suchen die Kollegen Schutz in den kalten Buben. Dessen zum Wärmen und Trocknen werden nicht gestattet. Hört der Regen auf, so sind die Kollegen gezwungen, in Kälte und Wind mit den durchgefähten Kleibern weiterzuarbeiten. Jeder kann sich eine eigene Schutzkleidung an den Hals holen.

Mit dem Kranke ist es auch ein Kapitel für sich. Wer krank ist, wird in diesem Betriebe nicht gebildet. Einen Kollegen hat die famose Firma die Papiere in die Hand gedrückt mit dem schriftlichen Vermerk:

„Für unseren Betrieb nicht geeignet.“

Der Fall dieses Kollegen, der einige Zeit krank war, soll die anderen abschrecken, sich krank zu machen.

Wer vom Wohlfahrtsamt den Auftrag erhält, sich bei der Firma zu melden, der kann mitunter tagelang sitzen, ehe er den maßgebenden Bauführer trifft, denn es ist kein Büro da. Kommt man zu einer Baustelle, dann heißt es: „Der Bauführer wird auf einer anderen Baustelle sein.“ Es dürfen aber während dieser Kilometer hin und her pendeln. Hat ein Kollege den Bauführer dann erreicht, und es wird festgestellt, daß er schon am Montage zur Arbeitsübernehmung gelangt wurde, dann heißt es: „Sie konnten doch schon längst arbeiten.“

Dann wird den Kollegen unterstellt, daß sie den Bauführer „nicht finden wollten“.

Zu allen guten Dingen kommt jetzt noch der Lohnabbau. Es ist durchgeföhrt, daß ein beträchtlicher Lohnabbau bevorsteht. Natürlich nicht für den Baumeister „Boschom“. Dieser Mann ist emsig bemüht, damit nichts bekannt wird über seine horenten Einkünfte. Die elenden Betriebsverhältnisse und der bevorstehende Lohnabbau müssen der Anlaß sein für die ganze Belegschaft, zum Kampfe zu mobilisieren. Die Gläubigenfront bei der Firma ist menschenwürdig. Sie ist ein Vorbild für das sogenannte „Dritte Reich“, das da kommen soll, wenn die Arbeiter nicht einen Schritt dem Stillstand der Forderung machen.

Kollegen, schließt die Kampftruppen, hinein in die R.G.O.!

## Buchdrucker vor dem Kampf

Der Bokart für das Buchdruckgewerbe, der für rund eine Viertelmillion graphische Arbeiter und Arbeiterinnen die Lohnhöhe maßgebend bestimmt wurde, wie wir schon berichtet vom Unternehmer zum 30. November getündigt. Die Verhandlungen

über den Abschluß eines neuen Lohnvertrages beginnen am 16. November. Die Bürokratie der graphischen Verbände denkt gar nicht daran, den zentralen Angriff der Unternehmer durch eine zentrale Aktion der graphischen Verbände abzuwehren.

Die Unternehmer wagen es, den Streikdrütern einen 12prozentigen Lohnabbau anzubieten. Den Hilfsarbeitern im Streikdruckgewerbe sind durch den staatlichen Schlichter auf Antrag schon seit Ende Oktober 4 Prozent vom Lohn abgehoben worden. Die Unternehmern der graphischen Industrie haben den Ziel, die Löhne in der graphischen Industrie tatsächlich in der Höhe bis auf 40 Mt. zu senken. Sie bauen einseitig, unter Maßnahme ihrer Belegschaften.

## Erwerbslose!

Sorgt für die weiteste Verbreitung Eurer Zeitung „Die Hungerarmee“

barungen, meistens über den Kopf der Betriebsvertretung der Belegschaft hinweg, die überörtlichen Zulagen ab. Andererseits wollen sie durch die Tarifbindung alle Tarifpositionen verfestigen.

Die Arbeiterschaft der graphischen Industrie, gleichgültig, welchen Beruf sie erlernt hat, gleichgültig, ob sie als Transportarbeiter, Buchbinderarbeiterinnen oder als Spezialarbeiterchaft ausgebeutet wird, muß sich gegen ihren gemeinsamen Feind, gegen die Kapitalisten der graphischen Industrie zur Wehr setzen. Es kann auch nicht auf den allgemeinen Streik der graphischen Arbeiterschaft gewartet werden, jetzt müssen die Belegschaften, die schon heute erkennen, daß jeder Pfennig Lohnabbau untragbar ist, weil die Unternehmer der graphischen Arbeiterschaft seit 1929 schon zu viel gekostet haben, sofort zum Kampf übergehen. Betriebsstreiks sind das Gebot der Stunde. Betriebsstreiks, das ist der Anfang zu einer großen Arbeiterbewegung der Arbeiterschaft der graphischen Industrie gegen das Unternehmertum.

## Metall greift an!

Wachsende Kampf Stimmung in den Metallbetrieben und Bienen, die Arbeiter machen und sich dabei außerordentlich vor der Regierung durch die Metallarbeiter fürchten. Das ist der gegenwärtige Stand in der Metallarbeiterbewegung. Das Vertrauen zur R.G.O. wächst. Hundertprozentig müssen alle Kräfte eingeklinkt werden zur Organisierung und Führung des Metallarbeiterkampfes. An der innergewerkschaftlichen Front ist eine gute Metallarbeiterfront zu bilden. Zur Beratung und Festlegung konkreter Aufgaben findet

am Dienstag, dem 17. November, 20 Uhr eine wichtige Fractionsitzung

statt. Alle im D.M.V. organisierten Kommunisten und R.G.O. Mitglieder, sowie alle in den Betrieben stehenden oppositionellen Betriebsräte und Funktionäre, außerdem die Gewerkschaftsleiter der Stempelstellen haben zu erscheinen.

Beitrittsleistung der R.G.O. Industrie Gruppe Metall

## Bergbauforderungen

1. Keinen Pfennig Lohnabbau. Gleichgültig welcher Art, ob betrieblich oder konjunkturbedingt.
2. Sechsen-Stundenarbeit mit vollem Lohnausgleich, für die Einstellung von erwerbslosen Bergarbeitern und Befestigung der Feiertage.
3. Gegen die Einführung des Krümperpflanzens.
4. Unbedingte Sicherung des zehnjährigen Zuschlages auf den Tariflohn bei Gehaltsrückstellungen.
5. Ungezügelter Auszahlung der Prämien in aller Höhe.
6. Gegen jede Verschleppung in der Anknüpfung. Zahlung der Beiträge für die Anknüpfung durch den Unternehmer.

## Zusammenfassend

7. Die Arbeitszeit über Tage beträgt sechs Stunden für alle Jugendlichen unter 18 Jahren.
8. Jugendliche unter 18 Jahren dürfen nachts nicht beschäftigt werden.
9. Die Fortbildungsschule für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter liegt in der Arbeitszeit und muß besetzt werden.

Über diese Forderungen hinaus sind in den Belegschaftsversammlungen konkrete betriebliche Forderungen aufzustellen, muß der Kampf organisiert werden gegen alle Widerstände.

Nur wenn in jedem Betriebe die Einheitsfront zum Kampfe hergestellt wird, wenn in jedem Betriebe ein Kampfschritt erreicht wird, ist die Voraussetzung geschaffen, daß die mitteldeutsche Bergarbeiterchaft einen Generalangriff der Grubenbarone erfolgreich zurückzuschlagen wird, zum Gegenangriff überzugehen, Bergarbeiter, es geht ums Ganze

## Werbt für den „Klassenkampf“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt





# Herr oder Sklave der Büromaschine?

Die fortschreitende Rationalisierung hat auch zu einer immer stärkeren Mechanisierung des Arbeitsganges in den Büros und hat den Beamten in den letzten Jahren zu einer Reihe von Beschwerden geführt. Neben der „alsberühmten“ Schreibmaschine sind heute Büromaschinen ein ständiges Betriebsmittel und besonders in den Bankbetrieben die Buchhaltung am laufenden Band gebracht. Die Arbeit erfordert feinerlei geistige Tätigkeit mehr. Die Betriebsführung liegt in den Händen weniger leitender Personen. Das Gros der Angestellten teilt das Schicksal der Industriearbeiter, denen die Rationalisierung eine Herabdrückung ihres Lebensstandards und Massenarbeitslosigkeit gebracht hat.

Im kapitalistischen System ist die Maschine nicht Dienerin des Menschen, die ihm seine Arbeit erleichtert, sie ist dem Unternehmern ein Mittel zur rücksichtslosen Ausbeutung der Arbeitskraft ihrer Arbeiter und Angestellten. Die Grundzüge der „menschenfeindlichen Betriebsführung“ der herrschenden Klasse münden in den Lebensinteressen der Ausgebeuteten. Deshalb ist die Rationalisierung planlos, sie führt auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer durchzuführen worden und hat in ihrem Ergebnis die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft zerstört.

Ueber die Auswirkungen der Arbeit am laufenden Band sind die bürgerlichen Wissenschaftler durchaus klar. Die Schäden sind nicht nur körperlicher, sondern auch geistiger Natur. Man kennt nervöse Arbeitsmüdigkeit, nervöse Geistesstörungen und Neurotischerkrankungen. Man weiß, daß die Einseitigkeit der Menschen in die Fließbandarbeit den Geist tödtet und zu vielgestaltigen körperlichen Entartungen führt, die sich in der ständig wachsenden Zahl von Herz- und Bluthochdruckkranken, Diabetes mellitus, Krebs, Gicht und anderen Krankheiten äußert. Trotzdem werden die arbeitserheblichen Forderungen nach einer angemessenen Befristung der Arbeitszeit, Gewährung einer ausreichenden Entlohnung und Urlaubszeit ständig brüst abgemieien.

Das Schicksal des Angestellten weist hierbei in feiner Weise von dem des Arbeiterarbeiters ab. Frühzeitige Berufsunfähigkeit, Ertragslosigkeit, Krankheit, die Berufsunfähigkeit, die Berufslosigkeit, die Arbeitslosigkeit, die Existenzvernichtung zur Folge.

Nur in der sozialistischen Gesellschaft kann die Maschine zu einem Segen für den Menschen werden. Voraussetzung hierfür ist eine der Volksgemeinschaft dienliche Festlegung der Arbeitszeit und des Arbeits tempos. Ausreichende Freizeit muß dem Angestellten Gelegenheit zu körperlicher und geistiger Betätigung geben. Die Maschine ist nicht mehr die Aufgabe haben. Tausende von Angestellten die Arbeit erleichtert und die Arbeitszeit verkürzt helfen. Dann erst ist der Angestellte nicht mehr Sklave sondern Herr der Maschine.

Die DGB sammelt die Kräfte zum Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Angestellten und Arbeiter und zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

**Angestellte und Beamte von Halle!** Besucht selbst die am Donnerstag, dem 19. November, im „Wintergarten“ stattfindende öffentliche Angestelltenversammlung.

**Referent: Ernst Torgler, M. d. R., Berlin,**  
Vorstand des Beamtenschaftsbundes des Reichstages.

## Ein dummeschweizer „Volksblatt“-Schwindel

Ueber die am Donnerstag stattgefundene Haushaltsausschuss-Sitzung berichtet das „Volksblatt“ folgendes:

„Anwähnen erfuhr der Kommunist Wäldich mit einem Antrag auf Empfang des Erwerbslosenausweises das Gremium. Er schloß seine argumentative Auseinandersetzung mit dem Hinweis: „Drücken wir die Hände, so ist es bereits. Man kann dann natürlich nachhaken, da was auch nicht ein Vertreter dieses sogenannten Erwerbslosenausweises zu finden.“

Nicht der Erwerbslosenausweise, sondern eine Delegation der Hauslichen Erwerbslosen forderte in der Haushaltsausschuss-Sitzung Wäldich, als Genosse Wäldich den Antrag auf Zulassung der Delegation stellte, bestand die Delegation in der Borsalle zu den Sitzungszimmern. Ein Magistratsdiener gab die notwendige Erlaubnis, die Delegation wieder fortzuschicken. Die Erwerbslosen stehen sich jedoch nicht abwieien. In seiner Not wandte sich der Magistratsdiener sogar an unsere Genossen, um ihn zu veranlassen, die Erwerbslosen-Delegation fortzuschicken. Dieses Mittel hat unter Genosse Behne selbstbewusst abgelehnt. Darauf drohte der Magistratsdiener sogar damit, die Delegation mit Gewalt aus dem Hause bringen zu lassen. Die Erwerbslosen verabschiedeten aber so lange, bis sie von kommunistischen Vertretern die Mitteilung erhalten hatten, daß ihre Zulassung von der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront abgelehnt worden sei. Damit wäre der erbärmliche Schwindel des „Volksblatt“-Gangstern zu Genüge geoffenbart.

## Weitere Festnahmen in der Kaulbachs Kreds

Der Polizeibericht meldet: Die umfangreiche Komplotz gegen die Kaulbachs Kreds in der Vorderhofstraße aufzugeben war, ist bereits zu erkennen, daß im Laufe der Ermittlungen noch zwei weitere Festnahmen erfolgt sind. Gegen andere beteiligte Personen handelt das Ermittlungsverfahren. Wie in den polizeilichen Vorberichten zum Ausdruck gebracht worden war, hatten sich die Räuber mit einem Ausbruch beabsichtigt, was durch genaue Beobachtung der Waffen verdächtig, von der sie nicht ohne Grund genaue Kenntnis hatten. Zur Beschaffung dieser Waffen wurden vertraute Personen herangezogen, welche verdinglichungsgemäß diese Waffen in die Wohnung eines Malers am Wallerturm schafften. Hier fand nunmehr auch die Verteilung der Waffen an die einzelnen Bandenmitglieder statt. In dieser Wohnung wurden auch die ersten Besprechungen über die geplanten Überfälle abgehalten.

Von dieser Wohnung aus wurde auch der erste Streifzug auf einem Ueberfall ausgeführt, welcher jedoch misslingt, weil die Täter zum gewaltsamen Eindringen in die Wohnung nicht das nötige Werkzeug bei sich hatten.

Die weiteren Ermittlungen in dieser Sache werden noch endgültigen Aufschluß über ein großes Verbrechen in der Kaulbachs Kreds geben. Die Ermittlungen werden mit dem Komplotz eingeleitet. Die zuletzt festgenommenen sind inzwischen dem Amtsgericht zugeführt worden. Es ist Hoffentlich ergangen.

# Der Kulturbolschewismus baut eine neue Welt

Die Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur (GAW) hielt am Sonntag zu einer proletarischen Morgenveranstaltung im „Gesellschaftshaus“ eingeladen, dem Ruf der GAW leisteten eine zahlreiche Menge Folge, die sich aus den verschiedensten Schichten zusammensetzte.

Der Arbeiter-Musikverein eröffnete mit zwei Darbietungen die Veranstaltung. Die Musikvortritte zeigten von einer guten Beherrschung der Instrumente, allerdings fehlte die Disziplin etwas zu wünschen übrig.

Die „Gleichschaffener Säger“ trugen mit viel Schwung und Begeisterung die Hymne „Arbeiter auf!“ vor. „Seht wie in dunkler Nacht der reiche Besitzer kauft“ und „Seht wie Genosse Wolf zwei eigene Gebäude und zwar „Revolutionen“, „Hammer und Sichel“ sowie aus Joh. R. Becker, „Der große Plan“ und „Über das sozialistische Aufbauwerk“.

Am Schluß sprach Gen. Erich Behne das Wort zu seinem Vortrag über das Thema:

„Kulturbolschewismus in der Sowjetunion“

Ob es möglich, jetzt schon eine besondere Kulturform der Arbeiterkultur herauszufinden, daß die bürgerliche Kultur im reichen Maßstab befindet. Um dieses zu erkennen, müssen wir unbedingt den Kulturbolschewismus in der Sowjetunion betrachten. Die kapitalistische Methode erzählt über den Kulturbolschewismus die schlimmsten Schandgeschichten und behauptet, daß er jede Kultur ablehnt. Unter Kultur versteht man das Bestehen der gesamten Gebilde mit Musik, Literatur, Technik und Ästhetik. In der kapitalistischen Gesellschaft ist die große Masse von dem Genuß dieser Kultur ausgeschlossen. Ganz besonders war dies der Fall im zaristischen Rußland. Das Analphabetentum nahm dort die größten Ausmaße an. In der Sowjetunion ist die Analphabetenrate von 1914 bis es in Rußland 2817 Schülern, 267 000 Schülern und nach der Machtergreife durch das Proletariat waren es bereits 1920 3727 Schülern mit 294 000 Schülern. Anfang, aber doch ein Fortschritt, denn unter diesen Schülern waren mehr als die Hälfte Kinder der Arbeiter und vorher war es fast ganz anders. Die proletarische Revolution ging bald dazu über, das Analphabetentum zu liquidieren. Der fünfjährige Plan bedeutet nicht nur den Aufbau der Industrie, sondern auch den der Kultur. Denn es ist ein Ziel, daß die Sowjetunion zur Weltkultur ihre wirtschaftlichen Errungenschaften aus der Kulturrevolution voranzutreiben muß. Und heute ist die ganze Sowjet-

union nichts als eine große Schule. Die fortgeschrittenen Arbeiter nehmen sich der rückständigen aus dem Grunde kommender an und bilden sie zu wissenden Menschen. Auch die rote Armee dient nicht nur der Erhaltung des Waffenhandwerks, sondern sie bildet die Rotgardisten zu wahren und tüchtigen Genossen, die nach Märtyrern in ihr Heimgelände weiter aufziehen und lehren. Die Kapitalisten und ihre Anhänger trösten hart, daß die Sowjets mit Gewalt vorgehen, um alles alte auszurotten. Das ist nichts als eine Lüge, denn wenn die Bolschewisten wirklich so vorgehen würden, dann müßten sie sich befinden auf die gegenteilige Wirkung ihres Handelns zu machen. Nein, jeder einzelne Mann nach eigenem Ermessen handelt und jeder kommt zu der Entscheidung, daß die Sowjetunion ihm das größtmögliche Wissen vermittelt. Die Grundlage für die gesamte Kulturrevolution ist die, daß die wirtschaftliche Lage des Menschen verbessert wird.

In der Sowjetunion werden die Menschen auf sozialistischer Grundlage, auf einer ganz anderen Basis als in den kapitalistischen Ländern erzogen, darauf beruht auch die Sozialistische Kultur in der Sowjetunion ist die Kultur Eigentum der gesamten werktätigen Bevölkerung, während bei uns nur die Nutznießer der Arbeit der Masse „Kulturgenüsse“ genießen dürfen. Für die Arbeiter in der Sowjetunion ist die Kultur Eigentum der gesamten werktätigen Bevölkerung, während bei uns nur die Nutznießer der Arbeit der Masse „Kulturgenüsse“ genießen dürfen. Für die Arbeiter in der Sowjetunion ist die Kultur Eigentum der gesamten werktätigen Bevölkerung, während bei uns nur die Nutznießer der Arbeit der Masse „Kulturgenüsse“ genießen dürfen.

In Deutschland sind die Voraussetzungen für eine Kulturrevolution noch nicht vorhanden, aber die Arbeiter wollen die Massen im Rahmen der GAW mit dem Gedanken einer neuen Kultur vertraut machen. Hierbei gehört der Kampf gegen alle reformistischen Strömungen, die die eigentliche Kulturrückentwicklung befeuern wollen. In der Sowjetunion erreicht man dies, aber gerade deshalb müssen alle Arbeiterorganisationen die GAW in ihrer kulturellen Arbeit unterstützen. Das Wort „Kulturbolschewismus“ ist in Wirklichkeit das falsche Wort, das man sich denken kann, denn alles, was groß ist, und was in der Zukunft überhaupt durchgeführt werden kann, wird durch die GAW mit festeren Beratungen unter starkem Beifall die Bühne.

Da die Zeit schon weit vorgeschritten war, wurde das Programm gekürzt und die Genossin Scher wandte sich nach der Registrierung einiger Stellen aus Joh. R. Beckers „Der große Plan“ an die Teilnehmer und forderte sie auf, mitzumachen in der Kommunistischen Partei, um gemeinsam gegen Sabotage und Entlassungen durch den Staat zu wirken.

Mit dem Gesang der „Internationale“ wurde die erste GAW-Beratung beschlossen. Die einzelnen Darbietungen wurden jeweils mit regem Beifall aufgenommen, so daß ihnen dadurch bewiesen wurde, daß die GAW mit festeren Beratungen bestimmt sehr gute Erfolge zu verzeichnen haben wird.

## Hüter will die Inflation

Von der Kampfgemeinschaft des Mittelstandes wird uns geschrieben:

Heute abend, 20 Uhr, findet im großen Saale des St. Nikolaus eine öffentliche Mittelstandsversammlung statt. Ein Referent wird Mittelstandsfragen, und zwar der Landtagsabgeordnete Georg Stoll, Berlin,

Landtagsabgeordnete Georg Stoll, Berlin, im Mittelpunkt über das Thema: „Hüter will die Inflation“. Die wachsende Verelendung der Mittelklassen sollte alle Angehörigen des Mittelstandes ein Ansporn sein, sich über die brennenden Gegenwartfragen des Mittelstandes zu informieren.

## Das „Volksblatt“ hat sich verändert

Das äußere Gesicht des sozialdemokratischen Blattes ist heute fast vollständig verändert. Es trägt das Gepräge der Normalisierung, Typisierung und Rationalisierung der sozialdemokratischen Presse in Deutschland, deren Abwärtentrend immer mehr zum Bewußtsein kommt. Die Zeitschrift, das „Volksblatt“ der Sozialdemokratie ist heute ein Blatt, das den Anforderungen der Arbeiterklasse nicht mehr entspricht. Es ist ein Blatt, das die Interessen der Arbeiterklasse nicht mehr vertritt. Es ist ein Blatt, das die Interessen der Arbeiterklasse nicht mehr vertritt. Es ist ein Blatt, das die Interessen der Arbeiterklasse nicht mehr vertritt.

„Wie früher...“ Was war denn früher? Das alte „Volksblatt“ war ein Blatt, das die Interessen der Arbeiterklasse vertrat. Es war ein Blatt, das die Interessen der Arbeiterklasse vertrat. Es war ein Blatt, das die Interessen der Arbeiterklasse vertrat.

## Mittlerfront verbreitert sich

Die am Mittwoch gewählte Kommission der Arbeiter-Jahreskonferenz 44 war am Donnerstag bei der Arbeit. Die Kommission hat sich mit den Mittlerfrontangelegenheiten beschäftigt. Die Kommission hat sich mit den Mittlerfrontangelegenheiten beschäftigt. Die Kommission hat sich mit den Mittlerfrontangelegenheiten beschäftigt.

## Betrüger am Bert

Wegen Unterschlagung von Organisationsgeldern wurde vor längerer Zeit aus der Roter Hilfe ausgeschieden das Mitglied Erich Otto, Halle (Saale), Schwanepauer Weg 9. Arthur Otto verurteilt jetzt auf unterlagene Sammelbriefe für die Rote Hilfe zu sammeln. Bei seinem Auftreten hat ihm alle Ausweise und sonstige Rote-Hilfe-Dokumente abgenommen.

Belegstellen der Rote Hilfe Mitteldeutschlands.

## Nicht in der „Produkt“

Während der Wäldich-Berichterstattung findet heute abend 8 Uhr die einwöchige Sitzung der im Wäldich-Bericht genannten Kommission statt. Da wichtige Fragen zu prägen sind, werden alle Genossen ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Häufiger Kunde vom Schlepptag überfahren. Donnerstag Nachmittag wurde die Burgstraße ein 10jähriger Schüler von einem Schlepptag überfahren und unter anderem an Kopf und an der Antie schwer verletzt. Er wurde dem Diakonissenhaus zugeführt.

**Modelwitz-Schleife.** Sonntag, den 22. November, 19.30 Uhr, findet im Gasthof zur „Lobengrenze“, Modelwitz, ein Ja-Werde-Konzert statt, ausgeführt vom Ja-Wandolonen-Orchester, Dirigent: Paul Guttman. Die Besetzung: Ja-Wandolonen-Orchester, Dirigent: Paul Guttman. Die Besetzung: Ja-Wandolonen-Orchester, Dirigent: Paul Guttman.

Wir veröffentlichen am Donnerstag eine Notiz unter der Überschrift: „Nazi schlagen einen ihrer Genossen nieder!“ Dazu erfahren wir, daß der darin genannte Teilnehmer, ein Arbeiter, der Arbeiter-Orchester, dirigiert von Paul Guttman, am Sonntag, den 22. November, 19.30 Uhr, findet im Gasthof zur „Lobengrenze“, Modelwitz, ein Ja-Werde-Konzert statt, ausgeführt vom Ja-Wandolonen-Orchester, Dirigent: Paul Guttman.

## Theaterkonzerte, Vorträge

**Waldbühnen-Theater: „Der Zigeunerbaron“**  
Operette in drei Akten nach einer Erzählung M. Zolas und J. Scharf.

Mit dieser bekannten Straußens Operette erfreut das Waldbühnen-Theater im neuen Spielplan ein operettengerechtes Publikum. Die Inszenierung von Paul Guttman bereitet sich auf den wohlverdienten Erfolg. Die Besetzung: Waldbühnen-Theater, dirigiert von Paul Guttman. Die Besetzung: Waldbühnen-Theater, dirigiert von Paul Guttman.

**Kulturbühne.** „Der Souwmann von Reben“ am 19. November, 8.30 Uhr, findet im Gasthof zur „Lobengrenze“, Modelwitz, ein Ja-Werde-Konzert statt, ausgeführt vom Ja-Wandolonen-Orchester, Dirigent: Paul Guttman. Die Besetzung: Ja-Wandolonen-Orchester, Dirigent: Paul Guttman.

## Rundfunk-Programm

Dienstag, 17. November  
6.30 Uhr: Funkenmusik, anschließend bis 8.15 Uhr: Funkkonzert. 10 Uhr: Mittelstandsversammlung. 10.00 Uhr: Arbeiterklub, Vortrag: „Das Programm der GAW“. 11 Uhr: Arbeiterklub, Vortrag: „Das Programm der GAW“. 11.15 Uhr: Arbeiterklub, Vortrag: „Das Programm der GAW“. 11.30 Uhr: Arbeiterklub, Vortrag: „Das Programm der GAW“.

**Dringmaschine • billig • Gummi-Bleder**









# Die werktätige Frau



## „Uns trennt kein Mitgliedsbuch im Kampf gegen Hunger“

20000 Frauendelegierte auf sieben Länderkongressen. Rote Einheit gegen Hunger und Faschismus

Sieben Länderkongresse werktätiger Frauen haben getagt. In Mitteldeutschland in Süddeutschland, im Norden Rhein- und Ruhrgebiet, im Osten Deutschlands, an der Wasserfront, in Obersteifen und im roten Berlin traten die Vertreterinnen der werktätigen Frauen zusammen und faßten Kampfbeschlüsse. 5000 Delegierte aus allen Schichten der werktätigen Frauen waren allein auf diesen sieben Länderkongressen. Davon waren 3600 Frauen parteilos, annähernd 100 SPD-Frauen, mehr als 500 christliche Frauen, eine Anzahl Frauen aus dem Lager der Reichsverbände und Nazis. Bereits bei der Wahl der Delegierten trat ein großer Teil der kommunistischen Partei bei. Auf den sieben Länderkongressen selbst erklärten 750 Frauendelegierte ihren Eintritt in die kommunistische Partei. Insgesamt fanden im Jahre 1931 144 Kongresse und Konferenzen werktätiger Frauen statt, auf denen rund 20 000 Frauendelegierte erfaßt wurden.

Aus allen Schichten der Bevölkerung legen sich die Delegierten zusammen. Da haben sozialdemokratische Frauen neben der Frau, die bis heute noch Anhängerin des katholischen Glaubens ist. Die parteilose Frau, die Frau des Schuppenannes, die Hausfrau, die Klein- und Gemerbetreibende, die Lehrerin, die Säuglingsmutter, die Heilmassagerin, die Frauen vom Betrieb und von der Stempelstelle, die Bäckerin und Landarbeiterin, sie alle kamen auf den Kongressen zusammen, gaben Bericht von ihrem Elend, zeigten erschütternde Bilder ihres Hungerdaseins.



Da spricht auf dem mitteldeutschen Länderkongress die Frau des von den Nazis in Braunschweig ermordeten Arbeiters Engelke. Sie spricht leise, aber klar und deutlich über das Mitleid der braunen Mordbesten in Braunschweig, der ihr Mann durch drei Schüsse zum Opfer fiel. Tiefe Teilnahme löst sich aus bei allen Delegierten, aber fest und entschlossen sind ihre Gesichter, man sieht daraus den Haß gegen die herrschende Klasse und das Kampfgebot, das sich zeigt im Herzen jeder Delegierten, zu rächen jedes Opfer des schändlichen Mordverbrechens.

### „... und Mutter braucht Geld!“

Auf dem Süddeutschen Einheitskongress werktätiger Frauen trat eine 15jährige Jungarbeiterin ans Rednerpult: Vor drei Wochen ging ich noch in die Frauenerwerbschule, um mich vorzubereiten als Schneiderin. Aber ich muß jetzt mitterdienen, denn auch in unserer Familie herrscht die Not und meine Mutter braucht das Geld. So frage ich in einem Großbetrieb um Arbeit nach. Und so arbeite ich jetzt bei 48stündiger Arbeitszeit für 9,50 Mark in der Woche. Doch ich will nicht lange mehr zu einem solchen Hundelohn arbeiten, und darum habe ich eine KGD-Zelle mit acht Mädchen und Frauen gebildet.

### Schwangere Landarbeiterin gegen den Junker v. Kähne

Mäßlose Empörung erregte auf dem Norddeutschen Länderkongress die Anfrage einer schwangeren Landarbeiterin: „Ich, liebe Genossinnen, möchte euch berichten, wie es uns Landfrauen geht. Bei uns in Pögow arbeiten wir bei dem berüchtigten Herrn von Kähne. Herr von Kähne ist der Arbeiterfeind in bekannter durch seine bauernbrennenden Prozesse, die seine eigenen Arbeiter gegen ihn führen. Er holt die Frauen sogar aus dem Wogehaus und will die Kinder verkaufen. Er nennt unsere Kinder „Hundebrot“ und „Gehindelsbrat“ und uns Landarbeiter „rote Seuche“ und „rote Hunde“. Mein Mann wurde entlassen, weil ein festes Kind zur Welt kam. Und auf die Arbeitsbeschneidung schrie er, daß mein Mann selbst gegangen wäre, so daß er jetzt eine Karenzzeit von sieben Wochen durchmachen muß (Wittne), bis er Unterjüngling kriegt. Er hat geflagt, daß das Gericht hat zu Kähnes Guntzen entschieden. Wir haben darauf geantwortet: 16 Landarbeiter sind in die KGD, eingetreten.“

### Schwarzweißrot bis aufs — Klosett

Eine Hausangestellte auf dem Schlesischen Länderkongress: „Ich bin bei einer ganz reaktionären Herrschaft in Stellung. 15 Zimmer habe ich sauber zu halten für 15 M. im Monat. Wir bekommen einmal Besuch. Um ihn würdig zu empfangen, wurde alles mit schwarzweißroten Tüchern ge-



ALT UND JUNG hören aufmerksam die Worte der Referentin

schmückt. Sogar die Bettposten und das Klosett! Zu Mittag gab es Hahnenbraten, sogar der Hase bekam eine schwarzweihrote Färbung ins Maul. Die „Gnädige“ schmauzte und schimpfte immer so, daß das ganze Haus stitterte.“

### „Mein Mann war Schupo, jetzt ist er Kommunist“

Helle Begeisterung löste auf dem Schlesischen Länderkongress das Referat der Frau eines ehemaligen Schupos aus: „Mein Mann brachte es nicht fertig, mit dem Polizeihunnpel auf Proletariat zu schlagen. Er war deshalb nicht ansonne Briefe, ihn aus dem Dienst zu entfernen. Er ist jetzt bei den Kommunisten. Mir fiel es schwer, mich in die Ideen meines Mannes und der Partei einzulassen. Aber bei Gegenfah, die Ungerechtigkeit hat auch mich zum Kommunismus geführt. Wir, die wir arbeiten, haben ein Recht zum Leben,

## Ein für proletarisches Kind



„Bei uns wären 20 Schüler verletzt worden, wenn, wie in Schneidemühl, die Decke runtergekommen wäre.“



4000 gepökel. ...

Das kommt alles von den Sparmaßnahmen. Der Lehrer hat das uns erklärt. Das stimmt aber nicht, was er sagt. Er sagt: „Deutschland hat kein Geld.“ Aber Panzerkreuzer und gebaut. Dafür ist Geld da. Nur nicht für uns.

Wir werden gegen die Sparerei an unserer Schule kämpfen, so wie vor zwei Wochen die Neuköllner Kinder gekämpft haben.

Der Rote Schulvorposten  
Schule Schönhauser Allee, Berlin.

Was ist ein Roter Schulvorposten?  
Davon das nächstmal.

### Die Trommel Nr. 11 wird beschlagnahmt

Bum, bum ...  
„Herein!“  
„Guten Tag.“  
„Guten Tag. Sie wünschen?“  
„Wir kommen von der Kriminalpolizei und beschlagnahmen „Die Trommel“. Hier die Bescheinigung.“  
„Die Trommel“, 11. Jahrgang, Nr. 11, wird gemäß § 12, Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Ziffer 1, 2 und 3 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 10. August 1931 für den Bereich des Freistaates Preußen beschlagnahmt und eingezogen, weil in den Ausführungen auf Seite 2 bis 5 zum Ungehorsam gegen Gesetze aufgefordert wird, der Schulstreik verherrlicht, die christliche Religion und ihre Einrichtungen böswillig verächtlich gemacht werden und durch die Verbreitung der Zeitschrift die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.“  
„So? Ja, wir haben aber nur noch wenig „Trommeln“ da. Es lohnt ja gar nicht, daß Sie herkommen!“  
„Na, dann geben Sie man die paar mit!“

Mit einem kleinen Paketchen unterm Arm ziehen die Krimis ab. Denn „Die Trommel“ Nr. 11 ist schon längst von allen Kindern verschlungen worden. Bald kommt Nr. 12, die müßt ihr zum Protest der Beschlagnahme alle lesen und vertreiben.

nicht die Millionäre, die uns ausbeuten. Wenn wir am Leben bleiben wollen, muß der Kapitalismus sterben.“

Zahlreiche Disziplinierungsreden, aus denen die allerbitterste Not, aber auch zugleich der leidenschaftliche Wille zum Kampf spricht, könnten wir noch bringen. Doch wir glauben, daß bereits die

### „Die Kämpferin“ ist die Zeitung für die werktätige Frau in Stadt und Land! Erscheint monatlich zweimal. Preis 10 Pfg.

hier veröffentlichten Stimmen genügen, um die gemaltige Bedeutung dieser Kongresse, die einen großen Schritt vorwärts für den Sieg des proletarischen Befreiungskampfes darstellen, zu erkennen. Die zwanzigtausend Frauen delegierten gingen wieder zurück in ihre Betriebe, in ihre Arbeitsfront und helfen hier, die Kampfenergien der Frauen in den Betrieben, Stempelstellen und Mietkassernen auszuüben für den Endsieg, für den Sieg des Kommunismus!

### telegramme

ben wir einhundertneundachtzig pioniere stop machts nach und seid bereit.

charbin, 9. 11. 31. seit heute tobt eine große schlacht zwischen japanern und chinesen stop die grenze der sowjetunion ist bedroht stop rote armee ist auf der wache.

königsberg, 11. 11. 31. haben heute mandolinenorchester mit dreizehn kinder gegründet stop rote freidenkerpioniere.

berlin, 12. 11. 31. an rote armee in moskau

wir versprechen alle heute unserer lehrer gegen euch für japaner zu verhindern stop wir klären alle kinder auf stop immer bereit stop die jungen pioniere deutschlands.

### Buchstabenzettel

Aus den Buchstaben:  
de - e - el - en - er - et - eu - fen - fr - gr - ha - ho - ig - il - ka - ka - l - le - le - me - mst - rch - rp - tch - tz - sto - pf - wi  
macht 10 Tiernamen, deren jeder dritte Buchstabe von oben nach unten gelesen den Namen der einzigen Arbeiter- und Bauernzeitung angibt.

Waldvogel — zirpt im Gras — Stacheltier — Haustier — Fisch — nistet auf dem Dach — lebt im Getreidefeld — hat ein oder zwei Höcker — frägt Kaninchen — Nachtvogel.  
Auflösung das nächstmal.

### Diese Ecke

... gehört allen Kindern und soll jede Woche einmal an dieser Stelle in der Zeitung sein. Hier sollt ihr alles finden, was euch interessiert, wie die Kinder kämpfen mit ihren Eltern für ein freies Arbeiterland, wie sie leben in der Schule, im Haus und auf der Straße.

Darum muß Du uns schreiben, was Du erlebst und wie Du kämpfst. Den Brief schickst an die „Trommel“, Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28.



# Heraus mit den 6000 ist unsere Losung!

## 720000 wurden 1930 wegen Notdelikten vor den Richter geschleppt - 150 Monate Gefängnis für streikende Seecule - Verstärkt den Kampf um Vollamnestie - Gebt für die Winterhilfe der Roten Hilfe!

Die bürgerliche Wohltätigkeit raubt durch die Straßen der Städte und Dörfer, Reichweh, Polizei, Stahlhelm, Arbeiterwohlfahrt und Luisenverein haben sich zusammengesprochen und sammeln die Protokolle ein, die von der Herren Richte geschleppt. Mit dieser Aktion soll den Hungernden vorgespiegelt werden, daß die schlimmste Not ein Ende hat.

Währenddessen füllen sich die Kerker der deutschen Republik mit den Opfern der Notdelikte, die aus ihrem tiefen Elend heraus „Bereubten“ gegen die bedrohenden Gelebe begangen haben, um die Wäuler ihrer hungernden und fliehenden Kinder zu troffen. 720000 waren es im Jahre 1930, die nicht zum Geschäftlich, sondern hoch Lebensmitteln und Geld gezwungen haben, das ihnen noch den bestehenden Gelebe nicht gehörte. Unter ihnen befinden sich auch alle jene, die aus ihrer Notlage heraus mit dem mörderischen § 218 in Konflikt geraten sind, weil sie es für richtiger hielten, nicht neue Drogen in die Welt zu setzen und deshalb Abtreibungen vorzunehmen, und dafür mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft wurden.

6000 sind es, die weder Notdelikte noch Abtreibungen vornahmen, sondern lediglich mit aller Kraft den Kampf für den Sozialismus organisierten, die gegen eine Gesellschaftsordnung waren, die dem Volke weder Arbeit noch Brot geben kann.

**6000 proletarische politische Gefangene sitzen in den Kerker der deutschen Republik!**

6000 sind es, die mit gespannter Aufmerksamkeit beobachten, wie die wertigen Massen den Sammlungsprozeß vollziehen, um die Befreiung aller wertigen Unterdrückten zu empfangen. Ungebrochen ist ihr Mut, trotz hoher Strafen. Sie wissen, daß sie nicht verzweifeln brauchen. Ihre Sorge um ihre Frauen und Kinder sind ihnen gemindert durch das große Solidaritätsgefühl der Roten Hilfe. Alle ihre Briefe bringen zum Ausdruck, daß sie für die Sache um so eher zu leiden bereit sind, weil sie wissen, daß die Rote Hilfe das Band zwischen ihnen und den in der Freiheit Lebenden eng geknüpft hat.

Die bürgerliche Winterhilfe wird von ihnen abgelehnt, weil sie auf die Wohltätigkeit jener verzichtet, die sie eingepfercht haben. Die Bettelorden der Bourgeoisie werden von ihnen zurückgewiesen, da sie wissen, daß die Solidaritätsaktionen der Arbeiterfront und der gesamten Wertigen ihnen die wertigste Hilfe bringen. Ein wertigster Teil der gesamten Solidaritätsaktion ist die

**Verstärkung des Kampfes um die Vollamnestie aller proletarischer politischer Gefangener.**

Der Reichstag hat in seiner letzten Sitzungsperiode mit den Stimmen der SPD den Amnestieantrag der Kommunisten abgelehnt. Seit heute es, nicht nachgeben, sondern eine Willkür

nenfront für die Vollamnestie zu errichten. Stärkung der sich ansonst einseitig in die Gestalt der Stunde. In allen Drucksachen, in allen Betrieben, bei allen Stempelstellen müssen Kampfkomitees gegen Justizverfolgung, für Vollamnestie geschaffen werden, die den Kampf der RHD verstärken werden.

6000 sind es, die mit ihren Familien der schlimmsten Not ausgeleitet sind, wenn nicht die Winterhilfeaktion der Roten Hilfe mit einem vollen Erfolg abschließt.

Darum verstärkt die Solidaritätsfront! Trete ein in die Rote Hilfe, sammel unermüdet, helfe den politischen Gefangenen! Gebt Spenden!

**Kämpft für die Vollamnestie.**

### Neue Verschärfungen im Strafvollzug

Als allen preußischen und deutschen Strafankalten mehrere sich die Maßnahmen über Verschärfungen im Strafvollzug gegenüber den politischen Strafgefangenen.

In Halle ist die Uebermittlung von Büchern an die Gefangenen nahezu unmöglich gemacht worden. Der dortige Direktor hat in Gestalt eines schneidigen Majors eine entsprechende Verschärfung erlassen.

In Gollnow ist den Gefangenen durch einen neuen Direktor, einem ehemaligen Major, Freiherr von Mannan der ihnen zugehörige Stadurlaub beschnitten worden. Verschärfung des Essens, Einschluß in Einzelzellen, Zensurierung und Beschlagnahme von öffentlich erdientenen Zeitungen und Zeitschriften, Verbot des Empfangens von Besuch, Verbot des Schreibens von Briefen an die Rote Hilfe und zahlreiche andere Maßnahmen zwingen unsere Gefangenen in der letzten Zeit schon des öfteren zu energischen Abwehrmaßnahmen und selbst zu dem Mittel des Hungerstreiks zu greifen. Allerdings hat der Herr Direktor eine Zellendurchsuchung bei allen Gefangenen vornehmen lassen. Obwohl diese völlig ergebnislos verlief, hat der Direktor aus einigen Notizen von Genossen „politische Betätigung und Schulung“ festgestellt und für 7 Genossen den Stadurlaub für unbestimmte Zeit eingestellt, sowie allen Gefangenen verboten, den Gemeinschaftsraum außerhalb der einständigen Mittagspause zu betreten. Wer zu widerstand, soll in freudige Einzelhaft überführt werden.

Am so energischer müssen die wertigen Massen den Kampf um die Vollamnestie der 6000 proletarischen politischen Gefangenen fortführen.



Heinrich Buchholtz, 4 Jahre Zuchthaus.



Axel Nachtigall, 15 Jahre Zuchthaus.



Erno Lehmann, 5 Jahre Gefängnis.



Richard Scheringer, Arbeiter in Untersuchungshaft.

### Verstärkt die Amnestiefront!

Entsendet Delegierte zur Kampfkongress!

Die Not der Wertigen wächst ins Riesengroße. Jahten sind die Opfer der Notdelikte, die hinter Kerkermauern sitzen. Schnelljustiz und Sondergerichte sorgen für händigen Zuwachs. 6000 sind es, die wegen politischer Delikte die deutschen Strafankalten bedrücken. Darunter befinden sich u. a. die Genossen Peters, Nachtigall und Scheringer, von denen die beiden ersten schon zweimal um die Amnestie gebittet wurden.

Ein neuer Amnestieantrag ist vom Reichstag abgelehnt worden. Mit den Stimmen der Sozialisten besloß der Reichstag, den Antrag der Kommunisten zu verwerten.

Am so härter muß die Front derer werden, die für die Eingekerkerten die Freiheit erkämpfen.

Hier mit der Vollamnestie, das muß zur Lösung von Millionen werden. Alle Schichten der wertigen Bevölkerung, ob Betriebsarbeiter oder Erwerbslose, Mittelstand oder Kleinbauern, Angestellte oder Beamte, müssen sich zusammenschließen, um diesen Kampf zu organisieren.

Zu diesem Zweck findet am Mittwoch, den 18. November, vorm. 10 Uhr, im „Kleinen Gesellschaftssaal“, Halle, Leipziger Straße, ein

**Kampfkongreß für Vollamnestie - gegen Justizverfolgung**

statt. Alle Betriebe und Stempelstellen, alle proletarischen Massenorganisationen, alle Organisationen der Wertigen müssen dazu Delegierte entsenden. Ungeachtet der Parteizugehörigkeit fordern wir auch die Mittelständler, Angestellten und Beamten dazu auf, Delegierte zu entsenden resp. als Gäste zu erscheinen, um an dem Kongreß teilzunehmen.

... Ich empöre mich über die schamlose Ausbeutung!

Der Genosse Richard Deder schreibt aus dem Gefängnis in Nordhausen einem Genossen einen Brief, dem wir folgende Stelle entnehmen:

... Nun will ich Dir erklären, warum ich in den Hungerstreit treten wollte. Ich empöre mich über die schamlose Ausbeutung im Arbeitswesen. Pro Tag 20 Pfennig für die Arbeiter und 50 Pfennig für die Handwerker! 2 Pfennig für ein Brotmehl Knäpfe aufheben! Da habe ich die Arbeit abgelehnt und erklärt, daß für Arbeit ich nicht, denn draußen haben unsere Leute keine Arbeit und hier fallen wir uns ausbeuten lassen. Außerdem verlangte ich die Lohnzugsunfähigkeit, damit ich für meine Interessen mitbestimmen kann. Beides wurde mir verweigert. Ich verlangte, mir wenigstens 50 Pfennige pro Tag zu geben, damit ich meiner Familie etwas schicken kann. Das wollte man nicht. Da will ich eben auch nicht!... Da ich nur alle vier Wochen an Euch schreiben kann, bitte ich mich von Euch mindestens jede Woche einen Bericht aus, denn Ihr glaubt nicht, wie uns zumeist ist, wenn wir etwas von draußen hören. Da können wir mit Genugtuung sagen, daß unsere Opfer nicht vergebens sind. Veranlaßt, wo Du im Bezirk herumkommst, daß wir von dort etwas hören.

Mit revolutionären Grüßen aller politischen Gefangenen

gez. Richard Deder

Vergeht die Gefangenen nicht, korrespondiert mit ihnen: und knüpft die Bande enger.

## Die organisierte Solidarität

Seit dem Bestehen der Roten Hilfe, die im Jahre 1924 gegründet wurde, ist die Zahl der Organismitglieder auf 280.000 gestiegen. Außerdem sind 1540 Organisationen der RHD korporativ angeschlossen.

In dieser Zeit wurden verwendet für:

Familien- und Gefangenenernährung	211.510,40
Kostgeld für Angehörige	1.201.388,48
Soziale Fürsorge und Nothilfe für Gefangene	528.202,56
Kinderheime und Kinderhilfe	447.886,56
Emigration und Patenschaft	280.094,85
Gelder für entlassene Gefangene	94.771,83
Kostenunterstützung d. entlassenen Gefangenen	236.408,66
Lebensmittel und Warenlieferungen	2.200.000,00
<b>Summe</b>	<b>7.050.260,98</b>

In den letzten Monaten gab die Rote Hilfe pro Monat rund 40.000 Mark für den Reichsdienst und 60.000 Mark für die Unterstützung der Gefangenen und ihrer Familien aus.

Wir bringen heute über 6000 politische proletarische Gefangene und 80.000 Angetragte. Seit dem Januar 1930 hat das Proletariat 170 Tote zu beklagen, die dem schändlichsten Mordmord und den Rottgeiztugeln zum Opfer fielen.

Wann immer als je ist es, daß das Proletariat für jene Genossen eintritt, die für die Interessen der Arbeiterklasse in den Kerker gewandert sind. Zu diesem Zweck wird auch die Winterhilfscampagne durchgeführt. Unsere Funktionäre, alle Mitglieder, die Betriebe, alle Organisationen müssen weiterhelfen, um die Summen aufzubringen, die erforderlich sind, um die Solidaritätsaktion erfolgreich durchführen zu können. Die Rote Hilfe hat der Winterhilfe des Bürgertums die rote Winterhilfe gegenübergestellt. Wo auch die Not in den wertigen Schichten groß ist, so ist die Not doch gewiß, daß die so oft bewährte Solidarität auch in diesem Winter zu einem vollen Erfolg führen wird.

Diese Solidarität ist besonders wichtig im Hinblick auf die kommenden Wirtschaftskämpfe. Der Manfelder Kampf des Jahres 1930 hat circa 80 Tausende gegen kämpfende Arbeiter und ihnen zu Hilfe eilende Erwerbslose gebracht. Im letzten Streik der Seecule wurden hunderte Matrosen vor die Sondergerichte gestellt und bereits 150 Monate Gefängnis verhängt. Die Zahl wäre weit aus höher ausgefallen, wenn nicht die Rote Hilfe in allen Fällen einen Rechtsanwaltsgehilfen hätte. Alle kommenden Streiks werden in noch weitaus heftigerem Tempo das Eingreifen des Staatsanwalts und der Staatsgewalt bringen.

Ummer größere Teile der Arbeiter werden auf die Solidarität ihrer Klasse angewiesen sein. Es ist darum erforderlich, daß immer größere Massen sich um die Rote Hilfe scharen und ihren Kampf gegen Justizverfolgung für Vollamnestie in jeder Weise unterstützen. Kampf um die Solidarität bringen dem Proletariat den Sieg über seine Feinde!

### Strafanstalt als Uniformfabrik für SA und Stahlhelm

Es ist bekannt, daß die Strafgefangenen zu dem fürstlichen Lohn von 20 Pfennig pro Tag für Arbeiten verwendet werden, deren Brot für die Strafanstalten einfließen. Ein Verkauf der hergestellten Waren an Private ist streng verboten.

Nunmehr kommen aber Meldungen aus der Strafanstalt Wittenberge, daß dort abgetragene Uniformen der preussischen Polizei umgearbeitet werden und an den Stahlhelm und Teile einiger Abteilungen an die Nazis verkauft werden. Gefordert wurden an den Stahlhelm unter anderem Uniformmäntel, Mäntel, Hüten, Koppelgeschloßer, Leibriemen,

Schulterriemen, Pistolentaschen usw. Als Käufer treten auf der Führer des Berliner Stahlhelms, Ingenieur Brandt und ein weiterer Stahlhelmmann namens Dahmeber, für die Praxis ist der Käufer der Sohn des Rühlener Stadtmagisters, Hlmer, der der SA angehört.

Bor den Braunauerischen Hauptamtlich erlaubte der an den Ingenieur Arbeitsbetrieben als Wertmeister beschäftigte SA-Sturmführer Meyer wiederholt Unformmäntel, hohle Schulter- und Leibriemen. Geachtet wurden für Stiefelheft 2,60 Mark, für Leibriemen 70 Pfennig, für Uniformmäntel 2,50 bis 4 Mark, Mäntel 7 bis 9 Mark, für Pistolentaschen 1 Mark usw.

Bitte nur daß man die Arbeiter wegen ihres Kampfes gegen den Faschismus in die Gefängnisse werfen, zumal man sie noch dazu, die Auslieferung für die Rote Hilfe herzustellen, die dann aus den Notwendigkeiten die von ihren Opfern hergestellt wurden, die Wirtswachen herausziehen, mit denen sie die Genossen der Gefangenen niederstößen.

Wir leben in einer demokratischen Republik!

### Werde Mitglied der Roten Hilfe!

## Briefe aus den Gefängnissen

Liebe Rote Hilfe!

Vor allen Dingen möchte ich und mein Genosse Franz Brüdner Euch unseren besten Dank für Eure aufopfernde Hilfsbereitschaft mit, welche man erst wirklich im Gefängnis erkennt, aussprechen.

Es ist in der Tat eine Hilfsaktion, welche die Arbeiter so recht schätzen und kennen lernen, wenn sie in Bedrängnis sind.

Ich möchte Euch weiter mitteilen, daß wir zwei jetzt auch aus der Haft entlassen sind. Es ist für uns eine große Beruhigung gewesen, unsere Familie von Euch unterrichtet zu wissen und auch ein Ansporn, unermüdet weiter im Geiste Lenins zu arbeiten bis zur siegreichen Befreiung der Arbeiterklasse. Es zeichnet mit

Rote-Hilfe-Gruß  
gez. Felix Fohrentamm, Franz Brüdner

6500 politische Gefangene müssen kämpfen für die Vollamnestie! Für die Winterhilfe der RHD!





Montag, den 16. November 1931.

Heraus zum Wettbewerb!

Um die Einheitsfront der Arbeiterklasse weiter zu stärken und dem immer fröher werdenden Faschismus einen Damm entgegenzusetzen...

- Gewinnung von 5 Parteimitgliedern, 5 KGD-Mitgliedern, 2 „Klassenkampf“-Lesern...

Der Wettbewerb läuft in der Zeit vom 15. November bis 30. November. Die anderen Stellen werden ersucht, sofort zu den Aufgaben Stellung zu nehmen...

Genossen, betrachtet die Kleinarbeit als eine politische Aufgabe. Heran an die Arbeit!

Broschürenvertrieb eine wichtige Waffe unserer tätigen Kleinarbeit!

Die Vitulente Merleburgs haben in einer Sitzung zum Virtrieb Stellung genommen. Da sie die Wichtigkeit unserer Literatur zur Organisation der Einheitsfront...

- 200 Stück Elementarblätter a 1 Blatt bis Weihnachten. 300 Stück Klassenblätter im Monat.

Sie verpflichten sich, ihre ganze Kraft zu verwenden, um die gesamte Mitgliedschaft für einen größeren Umlauf zu mobilisieren...

Wo bleiben die anderen Ortsgruppen und Zellen?

Bitterfeld-Wittelberg Kommunisten vor die Front!

U.A. Dübau. Zu Freitag, dem 6. November, wurde von den Erwerbslosen der Stempelkassette Dübau eine öffentliche Erwerbslosenversammlung einberufen...

NSDAP, SPD und KPD sollten je einen Referenten stellen. Der Referent der SPD... Die SPD hätten die Erwerbslosen möglichst 4 bis 6 Wochen früher einladen sollen...

Da die NSDAP sehr stark vertreten war (nur 4 oder 5 Mann gingen nach dem Referat mit an), entschlossen sich die bis zum Schluss den Worten unseres Referenten anhängen...

Wede, NSDAP und SPD, sollten längst schon einmal eine Erwerbslosen-Versammlung einberufen haben...

Alle Gemeindevorsteher der zur Stempelkassette Dübau gehörenden Ortschaften waren zu der stattgefundenen Versammlung schriftlich geladen...

Die Mitglieder der SPD haben jetzt aber mehr als bisher Aktivität zu entfalten, keine Versammlung zu veräumen...

Mansteld-Sangerhausen

Karl Halle, Hettstedt

Am Sonntag, dem 14. November, ist der allen Hettstedter Arbeiter wohlbekannte Genosse Karl Halle nach qualvoller Krankheil im Alter von 81 Jahren gestorben...

Dem alten Karl nachzusehen, der Partei mit ebensolcher Treue zu dienen, wie er es tat, das ist unter Gebissnis an seiner Bahre.

Erwerbslose rüsten zum Hungerwinter

Erwerbslose von Wörmlich-Böllberg fordern Arbeit

Der Erwerbslosenausschuss bittet uns um folgende Mitteilung: Unsere Druckschrift soll an das Hoffliche Wörmlich-Böllberg geschickt werden...

Bei der sofortigen Vorprache im Gemeindevorstand wurde dem Erwerbslosenausschuss mitgeteilt, daß über die Frage noch keine Entscheidung gefallen sei...

- 1. Die zum Wörmlich-Böllberg benötigten Arbeiter werden reiflos aus den Reihen der Wörmlich-Böllberg Erwerbslosen entnommen.

Erwerbslose in Wansleben machen mobil

U.A. Wansleben. Die öffentliche Erwerbslosenversammlung am Donnerstag hat gezeigt, daß der Kampf zwischen Arbeitern und Arbeitern sich immer mehr verschärfert...

Einführung des neuen Oberbürgermeisters in Zeitz

U.A. Zeitz. Zum 11. November hatte der Vortrager eine Stadverordnetenversammlung einberufen. Außer der Einführung des neuen Oberen fanden noch 13 Punkte auf der Tagesordnung...

Punkt 20 Uhr sollte die Einführung konstatiert werden. Der Beginn verzögerte sich aber bis gegen 21 Uhr...

Unter Genosse Weitz gab in einer scharfen Erklärung die Stellung der Kommunisten bekannt. Er gab zu, daß die SPD allerdings hartnäckig gewährt hat...

und daß massenweise Polizei und Kriminalbeamte die Straße und Treppen besetzten...

Im übrigen sei Herr Keiser der Vertreter seiner Klasse.

Die Einführung zog sich vor fast seinen Vätern. Der Regierenden Oberbürgermeister S. Harnd a. pries in seiner Rede den ausgeschiedenen Oberbürgermeister S. Harnd als einen Mann...

Nach verschiedenen Absichtlichkeiten von hiesigen und draußen errichtete der neugewählte Oberbürgermeister das Wort...

Zusammenfassend, einig sein, kämpfen für Arbeit, Brot und Freiheit!

Achtung, Handgranaten!

U.A. Schönebeck. Allen Einwohnern von Schönebeck wird der Handgranatendienst noch in heftigster Erinnerung sein...

Je doch erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt. Am Sonntag ging ein Gespräch in der Dort, daß bei dem Stadtammter und Hartzleiter D. in der Dachbodenkammer...

Wir stellen nur der Einwohnerschaft von Schönebeck ein Preisblatt. Wir kommen die Arbeiter in die Dachboden- und in die Küche des Wälders total?

Die Arbeiterkraft von Schönebeck wird ihre Treue aus diesen Vorkäufen ziehen...

Sozialdemokrat vergrößert die Not

U.A. Unterfröschdorf. Die Sparmaßnahmen der Reichsregierung, durch die ein Anstieg aus der Krise gelüftet werden soll, machen sich auch in dem kleinen Dorf Unterfröschdorf bemerkbar.

Arbeiter von Unterfröschdorf, erkennt den Verrat der Sozialforschen, bildet die Einheitsfront des Proletariats...

Letzte Kurzmeldungen

Niederlassungen. Zwischen den Buffern erdrückt. Auf dem Bahnhof Niederlassungen geriet der fahrende Reservezug...

Bitterfeld. Explosion im Laboratorium. Im Werkslaboratorium der Leopoldgrube ereignete sich eine kleine Explosion...

Bitterfeld. Schwere Unglücksfälle durch Starkstrom. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich hier bei Arbeiten an der Starkstromleitung der Säurefabrik...

Zeitz. Raubüberfall im Büro. Im Freitag nachmittag betrat ein unbekannter Mann das Büro des Verbandes meißner Handels- und Büroangestellten...

Weißfels. Ruffische Bürgerkrieger. Die von Magistrate beschlossene fünfjährige Bürgerkrieger ist vom Oberpräsidenten genehmigt worden.

Wenden (Kreis Zeitz). Brandflutler fänden eine Scheune an. Am denachsten Morgen wurde die Scheune des Gutsherrn Alfred Kimmmer eingestürzt.

Hohenmölsen (Landkreis Weißenfels). Attentat auf den hiesigen Bürgermeister. Auf den früheren Hohenmölsener Bürgermeister Eugen aus Halle, der in Hohenmölsen zu Besuch war, wurde am Sonntag ein Attentat verübt.

Verantwortlich: Otto Hoff, Halle, für den gesamten Substanz; Arthur Buchheit, Halle, für den Angehörigen.





# Massenfront

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Massenfront“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei. Preis monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Postgebühren. Bezugsstellen: Halle-Merseburger Zeitungswesen GmbH, Halle, Zergerstraße 14, Tel.: 210 45 (Halle); 210 47 (Merseburg).  
 Will der Mitarbeiter seinen Beitrag einbringen? Der rote Stern  
 Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Pf. im Textfeld. Kontaktperson: Kreisbüro des Sozialistischen Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postfachnummer: Leipzig 20471 Halle-Merseburger Zeitungswesen GmbH, Halle, Zergerstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf. Halle, Montag, 16. November 1931 11. Jahrgang Nr. 211

## Was geht im Mansfelder Land vor?

### Die erste Mansfelder Einheitskonferenz

Erleben, 16. Nov. (Eig. Drahtm.)

Was geht in Mansfeld vor? Neuer Lohnabbau wird einleiten, neue Entlassungen finden bereits statt. 16 Mann sind auf der Steigerhütte entlassen worden. Neues großes Massenclend wird über Mansfeld kommen. Alle diese Fragen werden in der am gestrigen Sonntag in Eisenleben abgehaltenen Einheits-Konferenz besprochen. Die Konferenz nahm einstimmig einen Kampfpapier an, den wir morgen zum Abdruck bringen. Die Konferenz beschloß Mobilisierung aller Betriebe gegen einen neuen Lohnabbau und gegen Entlassungen. Am 18. Dezember wird eine große, auf breiter Grundlage stehende Volksdelegiertenkonferenz für das Mansfelder Land durchgeführt werden.

#### Der Verlauf der Konferenz

Zahl alle Betriebe hatten ihre Delegierten entsandt. Das Hauptreferat hielt der Genosse Wilhelm Roenen. Die Redegebanten seiner Ausführungen waren, daß in Berlin durch die Kampfmaßnahmen, durch die Kampfberühmtheit und die bereits in mehreren Betrieben einsetzenden Streiks der Lohnabbau bei den Metallarbeitern verhindert wurde. Die Mansfeld-Proleten haben bei dem letzten Lohnabbau vor den Mansfeld-Gewaltigen kapituliert.

Die Folge davon ist ein neuer Angriff der Mansfeld-Gewaltigen. Ohne Kampf wird es weiter ins Elend gehen. Der Kampf muß auf der ganzen Linie mobilisiert werden.

Als erster in der Diskussion sprach ein freigeberisch organisiert Arbeiter. Er entlarvte den Stahlhelm und die Nationalsozialisten der verschiedenen Werke. Ihm folgten eine Reihe anderer Delegierter. Rote Betriebsräte, Vertreter der Gewerkschaften und Parteimitglieder der Frauen sprachen. Alle forderten die schärfste Kampfmaßnahmen. Ein Vertreter der roten Mansfeld-Betriebsräte sprach bejourn-

### „Selbstmord des Bürgertums“

Der Leitartikel der „Neuen Leipziger Zeitung“, Richard Lehmann, schreibt in einem Artikel zu den Wahlen in Hessen, der die schöne Ueberschrift trägt: „Selbstmord des Bürgertums“ am Schluß folgendes:

Geht aber dieser Prozeß weiter, werden sich noch mehr Deutsche dem Radikalismus in die Arme, dann rettet uns nichts mehr vom Bürgerkrieg, der zusehends anders ausfallen wird, als sich die Kreise vorstellen, die heute über den Erfolg der Nationalsozialisten aus dem Häuschen geraten sind.

ders über die Stärkung der KPD in den Betrieben. Die Gesamtkonferenz war ein Auftakt zur Mobilisierung der Mansfelder Bevölkerung auf der ganzen Linie, ein Auftakt zur großen Volksdelegiertenkonferenz am 18. Dezember im Mansfelder Hungerland!

In diesen Tagen tritt in New York das Kupferkartell zusammen. Man will die Quote für die einzelnen Länder erneut festlegen, will die Einschränkung der Kupferproduktion um 20-25 Prozent beschließen. Durch diese Maßnahme tritt für die Mansfeld-Kumpels erneut eine ernste Gefahr auf, da der Lohnabbau zur Aufrechterhaltung der Betriebe noch zögerlicher durchgeführt werden wird.

Schon hat in Mansfeld eine Gesamt-Betriebsratskonferenz stattgefunden. Genau wie beim letzten Lohnabbau, so wurden auch in dieser Gesamt-Betriebsratskonferenz Verhandlungen angebahnt, die als Endergebnis einen neuen gewaltigen Lohnabbau bringen werden. Jetzt wird schon wieder festgestellt, daß die Mansfeld-AG nicht mehr weiter kann. Die Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter suchen nach einem Ausweg. Während die Kupferkapitalisten Belgiens, Englands und Amerikas zusammenrücken und die Einschränkung der Kupferproduktion beschließen, damit die Produktion in allen Ländern gesteuert wird, steht für Mansfeld die Frage neuer Subventionen.

Stimmt mehr Kupfer wird erzeugt. Jetzt kommt noch hinzu, daß in Kanada neue Kupfererzfelder entdeckt wurden, die in der Ausbeutung noch über den bisherigen Kupferorkommen stehen. Als weiterer Konkurrent der Mansfeld-AG ist der englische Kupferbergbau jetzt zu sehen, der eine Ausbeute von 4 bis 5 Prozent hat.

Schonbers Sauer (Seitfeld) als Vertreter der „freien“ Gewerkschaften suchte nach einem Ausweg, um der Mansfeld-AG zu helfen. Durch neue Verhandlungen soll die Regierung eine neue Hilfe bringen. 10 Prozent Ausschlag soll auf Kupfer kommen. Bei der Abnahme durch die Verbraucher sollen sie gezwungen werden, nur deutsches Kupfer zu verwenden. Auch die Frage der Subventionen müßte nochmals zur Sprache kommen. Unregelmäßig kamen die Zahlungen ein. Bei den Verhandlungen mit der Regierung hätten die Tarifkontrahenten die Regierung auf eine etwaige Kriegsgefahr aufmerksam gemacht, besonders auf die Tatsache, daß die Mansfeld-AG der einzige deutsche Kupferbergbau sei. Die Regierung erkenne die Wichtigkeit des Mansfelder Kupferbergbaus aber nicht in vollem Umfang an.

Der Vertreter des Stahlwerks im Deutscher, der Staat und das Reich werden aus wehrpolitischen Gründen eingreifen und der Mansfeld-AG helfen. Eine Druckfrist an Reich und Staat soll ausgearbeitet werden.

Diese alarmierenden Meldungen aus dem Mansfelder Hungerland müßten die größte Aufmerksamkeit der mitteldeutschen Arbeiterschaft erleben. Das, was wir immer voraus sagten, tritt in vollem Umfang ein. Der Kapitalismus wird die dreierlei Volksschichten in ein immer größeres Elend hineintreiben. Gerade Mansfeld ist das fürchterliche Beispiel dafür. Aber mit diesen Hoffnungen kann und wird sich die Arbeiterpartei nicht begnügen. Durch die Enttarnung einer breiten Arbeiterbewegung im Mansfelder Land unter allen Bevölkerungsschichten muß es gelingen, bei dem neuen in Vorbereitung befindlichen Lohnabbau endlich den Kampf auszulösen. Nur dadurch ist es möglich, die neue Hungerwelle einzudämmen!

### 20 politische Gefangene im Hungerstreik

Am 11. November sind im Reichsfürker Gefängnis 20 proletarische politische Gefangene in den Hungerstreik getreten. Die Streikenden kämpfen gegen den Entzug von Literatur und gegen Raucherbet.

Der Kampf der proletarischen Gefangenen in Reichsfürker muß den härtesten Widerhall bei allen Werktätigen finden.

## 100 Prozent Stimmenzuwachs der KPD beim Volksentscheid in Braunschweig

Gewaltiger Erfolg der roten antifaschistischen Einheitsfront — SPD- und Reichsbannerarbeiter in der Front des roten Volksentscheids

(Eig. Drahtm.) Braunschweig, 16. Nov.

Am gestrigen Sonntag fand in Braunschweig der rote Volksentscheid gegen die Nazi-Regierung Klages-Bücherei statt. Nach dem vorläufigen Ergebnis wurden 41 189 Ja-Stimmen abgegeben. Beim Volksbegehren am 28. Juli waren 36 679 Stimmen abgegeben worden.

Das Ergebnis des roten Volksentscheids ist ein gewaltiger Erfolg der Kommunistischen Partei Braunschweigs, 11,7 Prozent aller Stimmberechtigten stimmten mit Ja, also für den kommunistischen Volksentscheid. Der große Erfolg des roten Volksentscheids besteht vor allem darin, daß die KPD ihre Stimmenzahl seit den Reichstagswahlen am 14. September 1930, bei der sie 20 988 Stimmen erhielt, um 100 Prozent steigern konnte. Bei den Landtagswahlen 1927 erhielt die KPD 12 954 Stimmen. Der Erfolg der Kommunistischen Partei ist um so beachtlicher, als alle anderen Parteien, von den Nazis bis zur SPD, gegen den roten Volks-

entscheid waren und attio gegen die antifaschistische Einheitsfront-Kampagne der KPD kämpften.

Wegen des großen Erfolges der KPD bei dem Volksentscheid...



## Kommunistischer Erfolg ist noch unbefriedigend — Die Kon

(Eig. Drahtm.) Darmstadt, 16. November.

Bei der gestern in Hessen stattgefundenen Landtagswahl erzielten nach dem vorläufigen Gesamtergebnis:

	Landtagswahl 1931	Reichstagswahl 1930	Landtagswahl 1927
KPD	108 590	84 515	41 280
SPD	174 519	215 747	157 293
Zentrum	142 769	104 246	85 450
KPD Opposition	15 035	—	—
Deutsche Volkspartei	41 929	49 929	51 654
Staatspartei	11 344	38 829	37 789
Nationale Demokraten	4 903	—	—
Christlich-Soziale	17 246	—	—
Volksrechtspartei	4 403	4 702	24 123
Landbund	20 786	—	61 109
Deutschnationale	11 773	11 902	23 998
Sozial. Arbeiter-Partei	8 363	—	—
Nazis	291 189	137 981	—

Die Kommunistische Partei gewann rund 24 000 Stimmen, das sind 27 Prozent gegenüber den Reichstagswahlen vom 14. September 1930. Im allgemeinen zeigt der Wahlausgang dieselbe Tendenz wie bei den Wahlen in Weimarer. Trotz des guten Erfolges der Kommunistischen Partei ist das Ergebnis nicht befriedigend. Die KPD konnte nur einen Teil der der SPD verloren gegangenen

Sonntagsabend gegen 8.30 Uhr demonstrierten im Berliner St. W. 100 Arbeiter gegen den Naziterror. Mit Gesang revolutionärer Lieder gaben sie durch die Begegnung. Nachdem die Polizei Verhaftung erlassen hatte, löste sie die Demonstration mit dem Gummiknüppel auf und nahm mehrere Verhaftungen vor.